

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insektions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage für's Heim monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Für's Heim“

dreimal wöchentlich

Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 116.

Donnerstag, den 28. September 1911.

39. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Eine Teuerungszulage?

Zu der angeblich beabsichtigten Teuerungszulage an die preussischen Staatsbeamten schreibt man der „Korrespondenz-Blatt“: Es trifft wohl zu, daß Erwägungen über die Gewährung einer Teuerungszulage schweben, doch ist es noch sehr unwahrscheinlich, ob die Anregung feste Gestalt annehmen wird. Bei der herrschenden Teuerung wäre die Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage wohl berechtigt, doch ist zu beachten, daß Preußen diesen Weg nur im Einvernehmen mit den verbündeten Regierungen beschreiten wird, weil der Grundfah besteht, daß bei allen Beamtenfragen mit finanziellen Untergrund Reich und Preußen zusammenarbeiten, wie es auch anlässlich der letzten Beförderungsbefehle geschehen war. Kommt die Zahlung einer einmaligen Teuerungszulage für die preussischen Beamten zur Durchführung, so können auch die Reichsbeamten auf diese Zulage rechnen. Aber vorläufig befindet sich die Angelegenheit noch in der Schwärze, und es ist im Interesse der Beamten, mit dieser Zulage vorläufig nicht zu rechnen. Auch über die Höhe einer solchen Zulage ist noch nichts bestimmt. In Beamtenkreisen ist letzten öfter der Wunsch geäußert worden, in Anbetracht der seit zwei Jahren immer mehr sich verteuernden Lebenshaltung eine neue Gehaltsregulierung vorzunehmen, da Teuerungszulagen nur Tropfen auf einen heißen Stein sind. In neue Beförderungsbefehle ist gegenwärtig selbstverständlich nicht zu denken. Schon bei den Erwägungen über die Gewährung von Teuerungszulagen wird zu beachten sein, daß diese Teuerungszulagen aus laufenden Mitteln zu gewähren sind. Man kann nicht gut Mittel für Teuerungszulagen durch Gesetz fordern, wenn man im Begriff steht, die Steuern neu zu gestalten. Ein solches Verfahren würde namentlich vor den Wahlen Verwirrungen herbeiführen. Es dürfte sich also nur um Zulagen in geringerer Höhe handeln.

In Nichtstellung der Meldung, wonach Erwägungen über die Zulage schweben, sagt die „Nord. Allg. Ztg.“ im amtlichen Auftrag: Ganz abgesehen von der außerordentlichen finanziellen Tragweite der Gewährung von Teuerungszulagen würde solchen Zuwendungen das grundsätzliche Bedenken entgegenstehen, daß sie, weil ohne Rücksicht auf das Bestehen und das Maß eines Bedürfnisses im einzelnen Falle den Beamten allgemein zufließen, wie eine Beförderungsbeförderung wirken und, wenn sich die Beamten auf diese Bezüge erst einmal eingerichtet haben, leicht zu einer wiederkehrenden Einrichtung werden, so aber nur den ersten Schritt zu einer neuen Beförderungsbeförderung darstellen würden. Die einmaligen Teuerungszulagen des Jahres 1907 haben denn auch nur aus dem Grunde gewährt werden können, weil damals die Notwendigkeit einer Gehaltsaufbesserung im Prinzip anerkannt war, ihre Einführung sich aber wider Erwarten noch verzögerte. Nachdem inzwischen eine umfassende Aufbesserung der Beamtenbesoldungen erfolgt und damit für absehbare Zeit die Beförderungsfähigkeit als abgeschlossen anzusehen ist, kann von der Gewährung allgemeiner Teuerungszulagen zurzeit nicht wohl die Rede sein. Dagegen schweben allerdings Erwägungen über andere den preussischen Staatsbeamten zugehörige Vorteile. Während nämlich im Reich die Unterhaltungsbeilage für die Beamten unter Zugrundelegung gewisser Einkommenssätze für den Kopf der vorhandenen Personals von Jahr zu Jahr reguliert werden, hat in Preußen wegen der ungünstigen Finanzlage bei der Mehrzahl der Verwaltungen schon seit Jahren davon abgesehen werden müssen, diese Fonds entsprechend der vielfach sehr gestiegenen Beamtenzahl auf der erforderlichen Höhe zu erhalten. Diese Einschränkung in den verfügbaren Mitteln muß sich natürlich in Zeiten einer Teuerung, in denen sich die Fälle und das Maß der Unterhaltungsbedürftigkeit vermehren, besonders fühlbar machen. Es soll daher im Wege kommissarischer Beratungen alsbald ermittelt werden, um welche Bedürfnisse es sich bei den verschiedenen Verwaltungen handelt, und welche Grundsätze für die Gestaltung der Unterhaltungsbeilage in Zukunft zu beobachten sein würden.

Eine Rede des französischen Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Caillaux hielt bei einem aus Anlaß der Einweihung des neuen Postgebäudes veranstalteten Festessen eine Rede, in der er betonte, man solle die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage nicht übersehen.

„Frankreich wird“, fuhr er fort, „sich bemühen, die durch die Folgen der Ereignisse in Marokko geschaffene Lage zu klären, und zwar

in einer Weise, die Frankreich volle Aktionsfreiheit in dem Landstrich gibt, der wichtige Teile seines afrikanischen Besitzes berührt. Frankreich beabsichtigt diejenige Lösung, die ihm allein seiner würdig scheint. Es brachte in die Verhandlung den weltberühmten Geist der Versöhnung und des Verständnisses für die Interessen der Gegenpartei mit, eifrig bemüht, seine eigenen Interessen zu wahren. Wir zweifeln nicht, daß die beiden großen Nationen, deren Rolle als Kulturträger in der Welt so groß ist und die beide den Willen zum Frieden haben und die gleiche Sorge haben, ihn zu sichern, zu einem dauernden Einvernehmen gelangen werden, das kein schmerzliches Gefühl hinterlassen wird, wenn jeder das Wort bekennt: Geschäfte — und es handelt sich hier um ein Geschäft — sind nur gut, wenn sie zum Vorteil beider Parteien sind.“

Ministerpräsident Caillaux schloß: „Die Zeit der Ueberlegung wird die glückliche Wirkung haben, uns zu zeigen, wie unerlässlich für ein Land der Zusammenhang der Bestrebungen aller ordnungsliebenden Elemente in der ständigen Sorge für das allgemeine Wohl ist.“ Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Deutschland.

— (Verurteilung des Kronprinzen nach Berlin.) Der Kronprinz traf Samstag, 15. Uhr nachmittags, zum Jagdausflug auf Forsthaus Olberg bei Mitten. Bereits Sonntag nachmittag hat der Kronprinz seinen Aufenthalt plötzlich gewechselt und ist im Auto nach Berlin zurückgefahren, nachdem er vorher eine dringende Drahtsachse erhalten hatte.

— In der großen Thorner Festungsübung, der bekanntlich auch der Kaiser beizuwohnen wollte, haben auch 5 Flugzeuge mit denselben Führern teilgenommen, die im Kaisermandat tätig waren. Gerade bei den Angriffen auf Festungswerke hat sich der Beobachtungsdienst vom Aeroplan aus als außerordentlich wertvoll erwiesen. Es gelang nicht nur, Artilleriestellungen genau zu erheben, es war sogar möglich, die Art der Geschütze der feindlichen Artillerie, die in Wirklichkeit treten sollten, zu bestimmen.

— Die Jenaer Postbehörde fandte dem „Vorwärts“ in der Angelegenheit der angeblichen Konfiskation der für Bebel bestimmten Drahtsachse folgende Berichtigung zu: „Durch die Zeitungen geht dieser Tage auch die von Ihnen gebrachte Mitteilung, daß ein von Brüssel aufgegebenes Telegramm an Bebel in Jena durch die deutsche Post konfisziert worden sei. Die Mitteilung ist unrichtig. Das hebr. Telegramm ist dem Adressaten eingehändig worden, allerdings mit einer erheblichen Verzögerung. Es war nach rechtzeitigem Eingange beim Postamt in Jena durch das Verhalten eines, wegen des sozialdemokratischen Parteitagess von der Behörde dorthin entsandten Hilfsbeamten im Drange der Geschäfte nicht zum Beistellen gelangt und wurde erst, nachdem wenige Tage später von Brüssel aus nach dem Telegramm gefordert wurde, ermittelt. Dem Adressaten wurde nach Abschluß der Untersuchung ausführliche Mitteilung von dem Sachverhalt gemacht.“

— (Warenhäuser und Mittelstand.) Daß von den Arbeitsmethoden der Warenhäuser und Konsumvereine der Mittelstand viel lernen kann, dieser Gedanke liegt einem demnächst in München zusammentretenden internationalen Kongress zum Studium der Verhältnisse des Mittelstandes zugrunde. Der Mittelstand, also hauptsächlich das Handwerk, muß in unseren Tagen mehr kaufmännisches Geschick entfalten, darin besteht die Lösung der Frage. Wenn heute in den Großstädten die Warenhäuser Lebensmittel bedeutend billiger verkaufen können als es die Detailhändler vermögen, so liegt der Schlüssel zu diesem angeblichen Rätsel in einem vorteilhaften Massenkauf, dem allerdings auch ein gleicher Massenablass entspricht. Auf die Ergebnisse der Münchener internationalen Konferenz kann man jedenfalls gespannt sein.

— Der deutsche Gattweitz-Verband hat seine Mitglieder aufgefordert, eine Erhöhung des Preises für Pilsener Bier abzulehnen oder den Bezug des Bieres einzustellen. Es wird zur Begründung bemerkt, daß unsere deutschen Biere, und besonders die nach Pilsener Art gebrauten, hinreichend Erfolg bieten. Viele Auffassung wird vom Publikum durchaus geteilt, das infolge der Verteuerung schon von selber vom Genuß des Tschechenbieres abgesehen wäre und den Vorzug unseren soliden deutschen Bieren gegeben hätte.

— (Der Mainzer Prozeß.) Der Prozeß gegen den Mainzer Verleger Sisch, dessen Urteilsfällung auf kommenden Freitag verschoben wurde, war in mehr als einer Beziehung beachtenswert. Die Öffentlichkeit war weniger daran interessiert, ob die gegen die Polizeiaffizientin Frau Dr. Schapiro erhobenen Vorwürfe berechtigt waren oder nicht, als daran, was von dem ganzen System

weiblicher Polizeifunktionäre zu halten sei. Man wird darüber geteilter Meinung sein. In bestimmten Zweigen der Kommunalverwaltung, wie dem Armen- und Waisenpflege-Wesen, der Krankenhauseinsicht, der Säuglingspflege usw. hat sich die Mitarbeit der Frauen jedenfalls gut bewährt. Frauen als Polizeiaffizientinnen zu verwenden, ist ein Experiment gewesen, dessen Resultat am besten durch die augenblickliche Stimmung der Mainzer Bevölkerung beurteilt wird; Mainz will nämlich selbst, nachdem der Schapiro-Prozeß eine für den Angeklagten ungünstige Wendung genommen hat, nichts mehr von der Tüchtigkeit einer Polizeiaffizientin wissen.

Ausland.

Kolonien.

— Ständige wirtschaftliche Kommission der Kolonialverwaltung nennt sich eine Körperschaft, die laut „Reichsanzeiger“ zur Begutachtung wirtschaftlicher Fragen der deutschen Schutzgebiete neben dem Reichskolonialamt errichtet wurde. Vorsitzender der Kommission ist der Staatssekretär des genannten Amtes, der die Mitglieder aus den Kreisen der Sachverständigen beruft, wobei ihm vorbehalten bleibt, wirtschaftliche Körperlichkeiten und Vereine zu Vorschlägen aufzuführen. Die Mitgliedschaft in der Kommission ist ein Ehrenamt, nur auswärtige Mitglieder erhalten für die Teilnahme an den Sitzungen eine Entschädigung nach Maßgabe besonderer Festlegungen. Jede Sitzungsperiode dauert 3 Jahre.

Kolonien.

— (Ein Ueberfall in Deutschsüdwestafrika?) Die „Deutschsüdwestafrikanische Zeitung“ vermeldet das Gerücht, daß im Norden des deutschsüdwestafrikanischen Schutzgebietes am Otjovango einige Buren — man spricht von vier — und ein Deutscher, die auf einem Jagd- und Handelszug in der Gegend begriffen waren, von Kalahari-Bushleuten überfallen worden sind. Hierbei sollen der Deutsche und einer der Buren ermordet, zwei andere Buren verwundet worden sein. Ferner ist einer der Buren angeblich verschollen. Zunächst haben die Bushleute verbreitet, daß sämtliche Teilnehmer der Jagdpartie an der Malaria gestorben seien.

Westfalen u. Rheinland.

Die Gebäudesteueranlagung im Regierungsbezirk Arnsberg.

Kamen, 28. Sept. Nach der alle 15 Jahre stattfindenden diesmaligen Revision vom 1. Januar 1910 ergibt sich für die Gebäudesteueranlagung im Regierungsbezirk Arnsberg nachstehendes Bild. Der Jahresbetrag der veranlagten Steuer war nach der früheren Veranlagung für Wohngebäude (192 188 am 1. Jan. 1910) 3 745 966 Mark. Die Revision ergab eine veranlagte Steuersumme von 4 214 282 Mark. Die Veranlagung der Wohngebäude erfolgt mit 4 von Hundert des Nutzungswertes, so daß die gesamten Wohngebäude im Regierungsbezirk Arnsberg am 1. Januar 1910 einen jährlichen Nutzungswert von 105 357 Millionen Mark darstellten. Die gewerblichen Gebäude (76 263), die mit 3 v. H. veranlagt werden, waren nach der alten Veranlagung zu 408 232 Mark Gebäudesteuer angelegt. Die Revision ergab einen veranlagten Steuerbetrag von 522 460 Mark, das entspricht einem jährlichen Nutzungswert von 26 123 Millionen Mark. Auf den Kopf der Bevölkerung traf nach der alten Veranlagung von der Gebäudesteuer für Wohngebäude 1,61 Mark, von der Steuer der gewerblichen Gebäude 0,18 Mark, zusammen 1,79 Mark. Die Gebäudesteuerrevision zum 1. Januar 1910 ergab pro Kopf 1,82 und 0,22 Mark, zusammen 2,04 Mark. Durchschnittlich entfielen rund 22 Mark veranlagte Gebäudesteuer auf ein Wohngebäude und 6,85 Mark auf ein gewerbliches Gebäude.

Bei Trennung der Gesamtsitzern nach städtischen und ländlichen Bezirken und größeren Städten ergibt sich für die Wohngebäude der Städte des Regierungsbezirks nach der neuesten Revision an Gebäudesteuer ein Jahresbetrag von 2 776 911 Mark (nach der letzten Revision 2 473 377 Mark) oder 2,37 Mark auf den Kopf der Bevölkerung, für die ländlichen Distrikte des Regierungsbezirks 1 473 371 Mark (1 267 589) oder 1,25 Mark auf den Kopf der Bevölkerung. Für Dortmund-Stadt ergeben sich folgende Ziffern: 660 569 Mark (587 167) oder 3,30 Mark auf den Kopf der Bevölkerung, für Hagen 249 763 Mark (229 882) oder 2,94 Mark, für Iserlohn 87 599 Mark (82 898) oder 2,92 Mark, für Bielefeld 93 483 Mark (85 273) oder 2,54 Mark, für Bochum-Stadt 322 241 Mark (270 546) oder 2,46 Mark, für Hamm-Stadt 100 671 Mark (80 163) oder 2,38 Mark, für Lüdenscheid 65 648 Mark (63 492) oder 2,11 Mark, für Sörde

89 372 Mark (76 241) oder 1,90 Mark, für Gelsenkirchen-Stadt 311 905 Mark (295 314) oder 1,89 Mark, und für Herne 94 441 Mark (85 417) oder 1,66 Mark auf den Kopf der Bevölkerung.

Für gewerbliche Gebäude ergab sich für die Städte des Regierungsbezirks ein Betrag von 394 515 Mark (291 754), das sind 0,34 Mark auf den Kopf der Bevölkerung, in den ländlichen Distrikten 127 945 Mark (116 476) oder 0,11 auf den Kopf der Bevölkerung.

Von der Gebäudesteuer für gewerbliche Gebäude trafen in Gelsenkirchen-Stadt 0,18 Mark, in Bielefeld-Stadt 0,30 Mark, in Herne 0,31 Mark, in Bochum-Stadt 0,33 Mark, in Hamm-Stadt 0,35 Mark, in Hagen-Stadt 0,38 Mark und in Dortmund-Stadt 0,61 Mark auf den Kopf der Bevölkerung.

Da die tatsächlich zur Zahlung gelangende Gebäudesteuer in Prozenten der Veranlagung erhoben wird, oder, wenn sie nach dem gemeinen Wert erhoben, in den Gemeindefakten in Prozenten der staatlichen Veranlagung ausgedrückt wird, so sind, um die durchschnittlich zur Zahlung gelangende Gebäudesteuern zu ermitteln, die jeweiligen Prozentsätze mit der Veranlagung in Beziehung zu setzen.

Angaben über den Gesundheitszustand bei der Anstellung.

Kamen, 28. Sept. Ist derjenige, der sich um eine bürgerliche oder Beamtenstellung bewirbt, verpflichtet, ohne besondere Befragung über seinen Gesundheitszustand genaue, wahrheitsgetreue Angaben zu machen? Diese für jedermann hochbedeutsame Frage wurde in folgender Weise beantwortet: Der Schuttmann R. in Altona sollte zum Polizeiergänzen befördert werden. Seiner Beförderung ging eine Untersuchung seines Gesundheitszustandes durch den Stadtarzt voraus. Bei dieser Untersuchung verschwieg er — er wurde auch nicht besonders gefragt —, daß er an Schwindelanfällen litt, die auf eine konstitutionelle Krankheit zurückzuführen waren. 1½ Jahre nach der Beförderung mußte er dann pensioniert werden.

Die Stadt weigerte sich, Aufschluß zu erteilen, weil sie von R. arglistig über seinen Gesundheitszustand getäuscht worden sei. Das Landgericht Altona, das Oberlandesgericht Kiel entbrachten jedoch der Klage, die R. gegen die Stadt anstregte. Auch deren Revision war erfolglos. Der 3. Zivilsenat des Reichsgerichts führte aus: Die Entrede der Arglist, die schärfster als Einrede der Amtserkennung zu bezeichnen wäre, hat das Verwaltungsgericht nicht, wie die Revision auszuführen sucht, mangelhaft und unter Uebergehung erheblicher Behauptungen gewürdigt. Die Beurteilung des in dieser Beziehung festgestellten Sachverhältnisses durch das Gericht geht dahin, es würde eine Ueberspannung des im Verwaltungsrecht gebotenen Rechts auf Wahrheit sein, wenn man von dem Bewerber eine bürgerliche oder Beamtenstellung verlangen wollte, daß dieser auch ohne Befragung eine eingehende Aufklärung über seine Gesundheitsverhältnisse erteile, und noch mehr müßte dies gelten, wenn es sich um die Beförderung eines bereits angestellten Beamten handelte. Diese Würdigung läßt keinen Rechtsirrtum erkennen. Die Revision führt freilich aus: Wenn die Beklagte vor der Beförderung des Klägers eine Untersuchung seines Gesundheitszustandes durch den Stadtarzt verlangt habe, so liege darin naturgemäß die allgemeine Frage, ob und auf welchen Krankheiten er leide. Allein die Rücksicht dieser Annahme ist nicht anzuerkennen. Gerade die Anordnung der Vornahme der körperlichen Untersuchung desjenigen, der sich um eine Anstellung bewirbt oder der für eine Beförderung in Betracht kommt, durch die Anstellungsbehörde, ergibt, daß diese, soweit es sich um die körperliche Brauchbarkeit des Bewerbers oder des zu Befördernden handelt, das entscheidende Gewicht auf den objektiven Befund des Arztes legt.

Meint dieser oder die Anstellungsbehörde, sich hiermit nicht begnügen zu können, so ist es ihre Sache, dem Bewerber oder Beamten bestimmte Fragen über seinen Gesundheitszustand vorzulegen, deren Beantwortung etwa Anlaß zu einer noch genaueren oder auf bestimmte einzelne Körperteile zu richtenden Untersuchung abgeben könnte. Ohne solche Fragen ist jener um so weniger verpflichtet, von etwaigen früheren Leiden oder beobachteten außergewöhnlichen Erscheinungen an seinem Körper Anzeige zu machen, als er meistens als Laie gar nicht imstande ist, die Bedeutung oder die Tragweite solcher Vorgänge zu beurteilen. Die Revision wurde deshalb zurückgewiesen. (Mittteil. III. 270/10.)

** Kamen, 28. Sept. (Knappschäftliches.) Die Auszahlung der Krankengelder, Alters-, Invaliden-, Vergnügungs-, Witwen- und Kinderrenten für den Monat Okt. 1911 findet in Kamen am 5. Okt. beim Wirt Friedrichs u. zwar für Witwen und Waisen um 2 Uhr, für Vergnügungs-, Alters- und Zufahrtrenten um 3 Uhr statt; desgleichen in Courl am 2. Okt. beim Wirt Lüneburger für erstere um 2½ Uhr, letztere um 3¼ Uhr.

Ramen, 28. Septbr. (Verschiedenes.) Der Minister der öffentlichen Arbeiten und der Landwirtschaftsminister haben einen Erlaß ergehen lassen, der sich eingehend mit dem **Schutz der Schwalben** befaßt. Den Anlaß hierzu bieten die Klagen, wonach die Schwalben, die als Insektenfresser von erheblichem Nutzen sind, in vielen Gegenden trotz der günstigen Lebensbedingungen aus Mangel an Brutstätten verschwunden sind oder in bedenklichem Maße abwandern. In dem Erlaß wird angegeben, die Schwalbenbruten nach Möglichkeit zu fördern und zu dem Zweck den Nestbau dadurch vorzubereiten, daß an dazu geeigneten Gebäuden das Dach in genügender Ausladung über die Außenwände vorgezogen wird, und daß an weiteren Dachvorsprüngen flache Vertiefungen von Ziegelfestigkeit angebracht, oder Ausstragungen in Stein oder Holz angebracht werden, die für die Niederlassung der Vögel geeigneten Schutz und Stützpunkte bieten. Daneben ist bei allen Reparatur- und Umbauarbeiten darauf hinzuwirken, daß die Handwerker die vorhandenen Brutstätten schonen und an bevorzugten, geeigneten Plätzen die Nistgelegenheit vermehren.

Auf die Anfrage der deutschen Regierung bei der Schweizer Regierung, welche Erfahrungen diese mit der **Einfuhr von gezeuerten argentinischen Fleisch** gemacht habe, antwortete der Schweizer Bundesrat, nach dem „S. L.“, daß das Fleisch als voller Erlaß bezeichnet werden dürfte. Die **herrschende Teuerung** der Lebensmittel wird durch die Spekulation noch verschärft. Wie aus einer Eingabe der Kreisler Handelskammer an den Bundesrat ersichtlich ist, kaufen holländische Händler deutsches Getreide auf. Da ist es denn kein Wunder, daß trotz unserer reichlichen Getreideernte die Brotpreise so stark steigen und daß eine wachsende Erregung herrscht. Bekannt man doch, daß infolge unläuterer Spekulation die Lebensmittelpreise um 6 bis 700 Prozent in die Höhe getrieben werden. Bestätigt sich der Verdacht, dann wird die Regierung schleunigst Maßnahmen zum Schutze der Konsumenten treffen müssen, nachdem sie in bankrottierter Weise durch weisliche Ermäßigung der Eisenbahntarife ebenso schnell wie unpassend für eine Verringerung der durch die Mißernte entstandenen Notlage der mindere bemittelten Kreise gefordert hat.

Wichtig für Mieter sind einige Bemerkungen, welche die Beendigung des Mietverhältnisses in diesem Quartal betreffen. In diesem Jahre fällt der 1. Oktober auf einen Sonntag. Nach den gesetzlichen Vorschriften kann die Kündigung einer nach Jahresmiete gemieteten Wohnung noch am 3. Werktage des Quartals erfolgen. Wer also keine anderen Vereinbarungen getroffen hat, kann jetzt spätestens am Abend des 4. Oktober zum Schlusse des Dezember 1911 kündigen. Da die Umzugsfrist an einem Sonntag ruht, so kann die Räumung der bisherigen Wohnung noch am 2. Oktober vorgenommen werden.

Zu der **Obduktion der Leiche** des infolge Mißhandlung gestorbenen Straßenbahnarbeiters F. wurden die als Täter in Betracht kommenden Personen (ein Bädermeister und sein Gefelle aus Wödinghofen) vorgeführt und hierauf in das Dortmunder Untersuchungsgefängnis gebracht.

Dortmunder, 28. Sept. (Leberverein.) Am letzten Sonntag fand im Vereinslokal die Generalversammlung des Lebervereins statt. Leider war dieselbe schlecht besucht. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden eröffnet. Er hielt die Erhebungen willkommen und erteilte dem Rechnungsführer das Wort. Dieser erstattete Bericht über Einnahme und Ausgabe. Die Rechnungslage wurde von den gewählten Revisoren Herren W. Neubaus, Schmilling und B. Bürger geprüft und für richtig befunden, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Es wurde beschlossen, in diesem Winter einen Familienabend zu veranstalten. Da noch viele Mitglieder mit ihren Beiträgen zurück sind, so wurde beschlossen, jährlich nach der Generalversammlung die rückständigen Beiträge durch einen Boten einsammeln zu lassen.

Hamm, 28. Sept. (Am Hochzeitstage erhängt.) Dienstag vormittag verübte hier der 30jährige Arbeiter Karl Gödel eine Stunde vor seiner landesamtlichen Trauung Selbstmord durch Erhängen.

Westfälische Provinzialsynode.

Soest, 26. Sept. Die Synode tritt nochmals in die Beratungen über das Pfarrbesetzungsgesetz ein. Das Protokoll der rheinischen Verhandlungen in der Kommission und im Plenum wird verlesen. Präses D. König hat vom Kommissar des Erzbischofs die Auskunft erhalten, daß das „Kumpfgesetz“ in den stiftlichen Provinzen in jedem Falle zur Durchführung gelange. Der Präses betont die enge Zusammengehörigkeit der rheinischen und westfälischen Provinzialsynoden, wie sie durch die Geschichte gegeben, sich zum Segen beider bewährt habe und beantragt, nunmehr das Gesetz abzuschließen. In demselben Sinne sprechen sich die Synodalen Meier-Peter, von Welsen, Winthaus aus. Demgegenüber empfiehlt der Synodale Graber die Annahme des Gesetzes. Mit großer Spannung sieht die Synode dem nun folgenden Ansatze der Entscheidung entgegen.

Von der Kommission liegen 3 Anträge vor:

1. Provinzialsynode kann nicht umhin, ihrem Bedauern Ausdruck zu geben, daß die Rheinische Provinzialsynode bei der seitens der Westf. Provinzialsynode betätigten Rücksichtnahme nicht gemäß früher öfter beobachteten, durch § 52a der A.-O. nahegelegten Verfahren Anlaß genommen hat, vor der endgültigen Beschlußfassung eine gemeinsame Kommissionsberatung in Aussicht zu nehmen.
2. Die Westfälische Provinzialsynode hat sich von dem Gewicht der in den Verhandlungen der Rheinischen Provinzialsynode gegen das Gesetz angeführten Gründe, welche ohne Ausnahme auch innerhalb der Westfälischen Provinzialsynode zu hinreichender Erwägung gekommen sind, nicht überzeugen können.
3. Provinzialsynode beschließt gleichwohl in der Erwägung, daß die Gemeinschaft zwischen den beiden Synoden auf eine lange, segensreiche Geschichte zurückzuföhren und für die Erhaltung der besonderen Rechte der westlichen Provinzen für die Zukunft von großer Bedeutung ist, von der fast einstimmig beschlossenen Annahme des Gesetzes, nachdem die Voraussetzungen des Beschlusses weggefallen ist, Abstand zu nehmen und dem Beschluß der Rheinischen Provinzialsynode auszusprechen.

Der Antrag 1 wird einstimmig angenommen, Antrag 2 gegen 10 Stimmen. Dagegen wird statt 3 der Antrag Graber auf Annahme des Gesetzes mit 55 gegen 41 Stimmen angenommen.

Dortmund, 27. Sept. (Verschiedenes.) Infolge der unerwarteten Erhöhung des Zinsfußes von 3 1/2 auf 4 Prozent durch die Sparkasse des Landkreises Dortmund hat sich der Vorstand der städtischen Sparkasse gezwungen gesehen, gleichfalls den Einlagezinsfuß von 3 1/2 auf 4 Prozent zu erhöhen, ebenso den Hypothekenzinsfuß um 1/4 Prozent auf 4 1/4 Prozent für hiesige und 4 1/4 Prozent für auswärtige Hypotheken. Der Zeitpunkt, zu dem diese Erhöhung in Kraft tritt, wird nach Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung, die am 2. Oktober stattfindet, festgelegt.

Die drei jüngsten Kinder der Familie Jakob Bantenburg in Wödinghofen an den Töchterchen und erkrankten darauf schwer. Das fünfjährige Töchterchen ist gestern gestorben, während die beiden anderen Kinder noch hoffnungslos im Krankenhaus darniederliegen.

Ein blutiges Drama hat sich gestern, wie die „Tr.“ berichtet, in den späten Nachmittagsstunden im Hause Wambelerstraße 27 abgespielt, dessen Besitzer Herr Fabrikarbeiter Rösken ist. Der bei diesem zur Miete wohnende Bergmann Wilh. Gibemann war einige Monate mit der Mietzahlung im Rückstand; trotz wiederholter Aufforderung leistete er keine Zahlung, jedoch N. ihm ankündigte, daß, wenn bis Montag keine Zahlung erfolgt sei, N. an die Luft gehen werde. Gestern nachmittag wollte N. nun die Wohnung gewaltsam räumen und begab sich mit mehreren handfesten Männern zur Wohnung des S., die man aber verschlossen fand, jedoch der Hausbesitzer die Tür aufbrechen ließ. Gibemann, der zu Welt gelegen hatte, hatte sich inzwischen mit einem Beil bewaffnet und drang damit, als Rösken als erster ins Zimmer trat, auf diesen ein. Rösken zog einen Revolver und gab auf Gibemann einen Schuß ab, der diesen sofort zu Boden stürzen ließ. Der Geschossene wurde sofort mittels Krankenwagens ins Brüderkrankenhaus gebracht. Es besteht volle Hoffnung, ihn seiner achtköpfigen Familie zu erhalten.

Der Buchhalter Theodor Mannes aus Hamm wurde von der **Dortmunder Strafkammer** wegen Untreue zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. N. war Angestellter der Firma G. S. Juchow und hatte in der Lohnlisten höhere Beträge ein, als die Arbeiter wirklich verdient hatten, den überschüssigen Teil behielt er für sich. Auch bei einer Stahlfabrikation an einen Schlossermeister soll er die Firma um 270 M. geschädigt haben. Die Gesamtbeträge, um die es sich handelt, stellen sich auf etwa 3000 Mark.

§ Alberbadermarkt, 26. Sept. Der Brandfahnen nimmt seinen unheimlichen Lauf durch den Kreis Hörde und es vergeht jetzt schon kein Tag mehr, an dem nicht die Brandfahnen an verschiedenen Stellen auflodert, weißt alle Baulichkeiten vernichtend, die dem verheerenden Feuer-Element die beste Nahrung bieten. Heute morgen gegen 7 Uhr brach auf dem Dachboden der Wirtschaft Noos am Schürterberg, gleich unterhalb der Ratheschen Brandställe, Feuer aus, das alsbald den ganzen Dachstuhl der Wohnung zerstörte und sich auch nach unten durchstrahlte. Wohl war recht bald die Feuerwehr von Berghofen zur Stelle, der sich auch gleich die Alberbader Wehr anschloß, aber, bis bei dem herrschenden Wassermangel die Löscharbeiten einsetzten, hatte das glückliche Element schon den größeren Teil der alten und moribunden Wohnung verzehret. Nach Feigen von der gegenüberliegenden Brandställe der Ratheschen Scheunen und Stallungen leicht Rauchwolken auf, noch glimmt dort die Glut unter der Asche der großen Kornvorräte, die dem Brande dort am vergangenen Mittwoch zum Opfer gefallen sind, und schon wieder sinkt ein Gebäude in Schutt und Asche. Die Möbel konnten zum größeren Teile rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden, was aber von dem Gebäude selbst übrig geblieben, das ist wertlos für den Besitzer, wenn es auch bei der Verhinderung des Brandfahnen seitens der Versicherung nach dem Werte in Abzug gebracht wird. Wenn es nicht anders wäre, so könnte man unter den gegebenen Verhältnissen zu der Ansicht gelangen, als bestände eine über den ganzen Kreis Hörde verbreitete Brandstifter-Gesellschaft, die es sich im Interesse der Besitzer aller Häuser und zur Verschönerung der einzelnen Gemeinden angelegen ist, la zu la, niederzubrennen, was dem heutigen Schicksal nicht mehr gerecht zu werden vermöge. Es muß einmal gesagt werden, daß es Unsinn ist, an den Bestand einer so weit verbreiteten Brandstifterbande zu glauben, deren Vorhandensein unter Verhältnissen, wie „Schwarze Hand“, „Feuerhand“ usw. durch bewiesene Gerichte glaubhaft gemacht werden soll. Eine Brandstiftung hat Noos nicht vorher erhalten, doch soll es bereits in der vorigen Woche bei Gelegenheit des Ratheschen Brandes von Mund zu Mund gegangen sein, daß auch die Wirtschaft Noos in Flammen aufgehen würde. Infolgedessen Brandes konnten die Straßenzüge nicht durchfahren, da ein Wasserleitungsrohr über das Gesetz gelegt war, jedoch der Verkehr nach Schwerte nur durch Umsteigen an der Brandstelle aufrecht erhalten werden konnte.

2 Hörden, 26. Sept. (Der tägliche Brand.) Heute morgen 3 1/2 Uhr erlöschte plötzlich laute Feueralarmlaute; in der Heisterbach stand ein Anwohner in hellen Flammen. Die Einwohner retteten sich. Das in Flammen aufgegangene Gebäude gehörte dem Bergmann Libasi. Das Wohnhaus ist völlig abgebrannt, dagegen ist der im vorigen Jahre neugebaute Stall unverletzt geblieben. Ueber die Entstehung wissen natürlich nur die Täter etwas, denn, daß auch hier wieder Brandstiftung vorliegt, ist nicht zu bezweifeln.

3 Bittermar, 26. Sept. (Verhaftungen im Brandbezirk.) Nachdem vor einigen Tagen im Brandbezirk von Ende und Umgegend ein größerer Unfall ereignungsartig gewesen war, wurden am Samstag mehrere Personen ver-

haftet. Ueber das Ergebnis der Untersuchungen wird stillschweigend bewahrt.

4 Kastrup, 26. Sept. Ein Schwindler hat kürzlich die hiesige Holzfirma Schappmann um 250 Mark getrollt. Die Firma erhielt aus der Gegend von Münster die Anfrage, ob sie geneigt sei, einen Schlag Holz sofort zu liefern. Sie möge dann einen Kaufvertrag senden; dieser würde auf dem Bahnhof den Verkäufer treffen, worauf sofort die Befestigung des Holzes stattfinden könnte. Die Firma sandte einen Angestellten, der den Verkäufer an Ort und Stelle traf und mit ihm den Schlag Holz besichtigte. Man wurde auch eins, und die Firma sollte am nächsten Tage eine Anzahlung leisten. Die geforderte größere Summe erhielt der Verkäufer nicht, er reichte aber durch Besehen und Troben mit dem Rütteln zum Verkauf, daß ihm 250 M. zum Zuge an die Bahn in Kastrup gesandt wurden. Als die Firma dann anfangen wollte, das Holz abzuholen, stellte es sich heraus, daß ein Besitzer des von dem Schwindler genannten Namens am Orte garnicht existiere, das Holz aber jemand gehörte, der von dem Kauf keine Ahnung hatte.

5 Hagen, 26. Sept. Beim Spielen fielen zwei Mädchen im Alter von 4 und 6 Jahren im benachbarten Gaspe in einen Teich. Während das jüngere Kind ertrank, waren bei dem älteren die Wiederbelebungsversuche erfolgreich.

6 Bochum, 27. Sept. (Am Rausch.) In Hestherhausen bei Herne geriet der mit der Bauleitung der Erdarbeiten am Weiskörper der Straße Herne-Wanne betraute Techniker Mertens aus Wanne mit einem ihm unterstellten holländischen Arbeiter in Streit. Er man es verhindern konnte, hatte der Techniker dem Arbeiter einen tiefen Messerhieb in den Rücken versetzt. Der Verletzte liegt hoffnungslos im Krankenhaus. Mertens, der die Tat im Alkoholrausch ausgeführt haben soll, wurde verhaftet.

7 Bochum, 27. Sept. (Sonderbare Regifterfälschungen.) Einen eigenartigen Trick wenden im rheinisch-westfälischen Industriebezirk Leute arbeitenden Standes, besonders Bergarbeiter, an, zu dem Zwecke, ihre Arbeitgeber oder Vorgesetzten zur Bewilligung vorzeitiger Vorstöße zu veranlassen. Die Leute gehen zum Standesamt und melden, obwohl sie gar keinen Familiennachwuchs erhalten haben, die Geburt eines Kindes an. Mit der standesamtlichen Urkunde in der Hand, kommen sie dann zur Arbeitsstelle, schildern ihre Notlage und bitten um Vorstoß, der ihnen unter diesen Umständen natürlich gewährt wird. Montag wurde wegen eines solchen Falles von intellektueller Urkundenfälschung der Bergarbeiter Mathias Hoffmann aus Datteln vom hiesigen Schwurgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. In der Vernehmung wies der Schwurgerichtsvorsitzende darauf hin, daß in der gegenwärtigen Schwurgerichtssitzung allein vier solcher Fälle zur Beurteilung anstanden. Er fügte hinzu, die Richter gingen sehr unglücklich zu Werke. Wohl in jedem Falle komme die Sache schon recht bald ans Licht, meist schon beim ersten Zuspätkommen, weil sich dann das Nichtvorhandensein des angeblichen Kindes ausweise. Im Falle Hoffmann war sofort Anzeige erfolgt. Zu derselben Zeit, in der das imaginäre Kind das Licht der Welt erblickt haben sollte, hatte jemand die Frau wohl und munter auf der Straße gesehen.

8 Bochum, 26. Sept. Anonyme Briefe und Karten bildeten die Grundlage einer Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer, die sich gegen mehrere Polen aus Herne richtete. Der Hauptangeklagte, Nowak, war vom Schöffengericht wegen Verleumdung zu zwei Monaten und zwei Wochen, die mitangeklagten Eheleute Marklowicz zu je drei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatten die Angeklagten Berufung eingelegt. Heute gab Nowak zu, zwei Karten an seinen Landsmann Streifowski gerichtet zu haben. Die eine dieser Karten trug die Adresse „In den Alpenländchen A. Streifowski in Herne, Soundlostraße Nummer 1, barriere am Schornstein“. Ihr Inhalt lautete: „Wenn du nach Budau kommst, wird es dir leicht ergehen. Da wirst du Glas, Geschwür, Frösche, Schweinefutter und anderes mehr freieren. Auch wirst du toll werden. Weiter kommst du ins blaue Kreuz; da bist du gut verwahrt.“ Andere Karten und Briefe hatten einen unglücklich unflätigen Inhalt und waren bezeichnend für den stiftlichen Tiefstand gewisser polnischer Volkskreise. Die beiden Eheleute Marklowicz beteuerten, an den Endelien unbelästigt gewesen zu sein. Gerichtsschreiber und Schreibfachverständiger Dr. Loof-Düffeldt wies jedoch an der Hand von Schriftverfälschungen überzeugend nach, daß ein Teil der anonymen Schmähbriefe von dem Ehemann Marklowicz ausgegangen sein mußte. Der Verteidiger der Angeklagten betonte, daß anonyme Briefe und Karten in den Schichten, denen die Angeklagten angehören, nichts seltenes seien; auch die Angeklagten selbst hätten zahlreiche anonyme Schmähkarten erhalten. Aus diesem Grunde ersuche eine Freiheitsstrafe als zu hart. Das Gericht hob das erste Urteil auf und verurteilte, indem es Frau Marklowicz freisprach, ihren Ehemann und den Angeklagten Nowak zu je 75 Mark Geldstrafe.

9 Essen, 26. Sept. (Entschädigungsfrage im Schröderprozeß.) Nachdem in dem Meinesprozeß gegen Ludwig Schröder und Genossen das Urteil des Schwurgerichts zu Essen vom 17. August 1895 im Wiederannahmeverfahren aufgehoben ist, hat der Justizminister kürzlich auf Grund des Beschlusses dieses Gerichts vom 3. Februar 1911 gemäß den Gesetzen vom 14. Juli 1904 und 20. Mai 1898 dem damaligen Mitangeklagten, früheren Zeitungsverleger Johann Meyer aus Essen eine Entschädigung von 7200 Mark und dem damaligen Mitangeklagten Bergmann Friedrich Wedmann in Hamm eine Entschädigung von 4000 Mark bewilligt. Die Entschädigung dient als Ersatz für den Vermögensschaden, der den genannten Personen durch die erlittene Untersuchungshaft und vollstreckte Zuchthausstrafe, wozu auch dadurch entstanden ist, daß er anschließend an diese Zeit bis zum 1. April 1900 Erwerbsverluste erlitten hat. Die Festsetzung der Entschädigung ist in Berücksichtigung aller Umstände nach freier Schätzung, bei Wedmann auch unter Zugrundelegung der ermittelten Löhne erfolgt. Soweit bei Meyer Ersatz des Schadens für die Zeit vom 1. April 1903 eingetretene Erwerbsunfähigkeit ver-

langt worden ist, bleibt die Entscheidung vorbehalten. Im übrigen wurden die beiderseits geltend gemachten Mehransprüche als unbegründet abgewiesen.

10 Essen, 26. Sept. Wegen Unterschlagung im Amte hatte sich der frühere Postleutnantsaufseher Heinrich Widdelhoff aus Bottrop vor dem Schwurgericht zu verantworten. Seit 1905 im Postdienst beschäftigt und als Beamter vereidigt, hat er am 23. und 24. Januar d. J., als er einen Landbriefträger vertrat, vier Postanweisungen nebst den Gelddokumenten von insgesamt 53 M. unterschlagen. Die Unterschlagungen hat er dadurch verdeckt, daß er die empfangenen Beträge nicht in das Annahmehandb. eintrug. Der Angeklagte ist geschädigt. Er will an beiden Tagen das Annahmehandb. nicht bei sich gehabt und hinterher die Eintragung verbümmelt haben. Das Gericht erkannte auf 6 Monate Gefängnis.

11 Elberfeld, 26. Sept. (Gashaus offen geblieben.) In einem Hause an der Rieselstraße nach abends der Gashaus an einem Gaslocher offen geblieben. Infolgedessen füllte sich während der Nacht das ganze Haus mit Gas. Morgens gegen 6 Uhr erst nahm ein Bewohner des Hauses den Gasgeruch wahr, und er alarmierte die Feuerwehr. Diese sorgte zunächst für den Abzug des Gases und rettete mit vieler Mühe die Bewohner. In einem Zimmer schlief ein Kinderknecht mit 6 Kindern. Da die Tür nicht geöffnet wurde, mußte die Feuerwehr gewaltsam eindringen. Man fand alle sieben Personen bewußtlos vor, sie mußten ins Krankenhaus geschafft werden.

12 Elberfeld, 26. Sept. Eine schwere Blut- tat ereignete sich Sonntagabend in einem von Italienern bewohnten Hause an der Gesundheitsstraße. Mehrere Italiener, die nachmittags in einer Wirtschaft gespeist hatten, gerieten in Streit, dem Hauptursache sollte deshalb von seinen Vorgesetzten der Zutritt zu dem Hause verweigert werden. Aus Wut hierüber zog er einen Messer aus der Tasche und brachte einem Italiener einen tiefen Stich in den Rücken, einem anderen einen Stich in die Brust bei. Beide sind lebensgefährlich verletzt; der Täter ist verhaftet.

13 Elberfeld, 26. Sept. (Todessturz.) Die Frau des Schuhmachers Wiegus in der Wilhelmstraße stürzte so unglücklich die Treppe zum zweiten Stockwerk hinunter, daß sie bald darauf im Krankenhaus starb.

14 Kemnade, 26. Sept. (Selbstmord.) In der Samstag-Nacht wurde auf der Eisenbahnstrecke Kemnade-Solingen, in der Nähe des Alexanderwerkes, die furchtbare Versteigerung des Leichens des etwa 36 Jahre alten, verheirateten Fabrikarbeiters Ernst Hoffmann aus Kemnade aufgefunden. Der Mann hatte sich Samstagabend heimlich aus dem Hause seiner Eltern entfernt, nachdem ihm von seinen Mitarbeitern Vorhaltungen wegen eines angeblichen Diebstahls gemacht worden waren, er habe in einem anonymen Schreiben an den Fabrikherrn einen derartigen Vorhaltungen. Diese unrichtige Beschuldigung nahm der Mann sich so zu Herzen, daß er des Lebens überdrüssig wurde und sich von einem Eisenbahnzuge überfahren ließ.

15 Wipperfurth, 26. Sept. (Trauriger Unglücksfall.) Als ein Landwirt zu Röhrenhagen mit einem Karren, in dem ein vierjähriges Mädchen saß, über den Acker fuhr, schlug der Karren in einer Furche um. Das Mädchen wurde herausgeschleudert und fiel mit dem Unterleib auf die Spitze eines Pfahls. Das Kind erlitt furchtbare Verletzungen, die sehr bald den Tod herbeiführten.

16 Mülheim (Ruhr), 26. September. (Schweres Hochwasserunglück.) Auf der Friedrich-Wilhelmstraße erfolgte unter explosionsartigem Knall auf einem Hochofen ein Durchbruch flüssigen Eisens. Drei Arbeiter erlitten dabei lebensgefährliche Brandwunden.

17 Oberhausen, 26. Sept. (Versehrtes Wasser.) In den Tophuserkrankungen hat sich jetzt der zufällige Kreisart in einer Zuschrift an die Blätter geäußert, in der es u. a. heißt: „Die amtlichen Ermittlungen bei den in letzter Zeit in der Stadtkreis Mülheim (Ruhr) und Oberhausen zur Anmeldung gelangten Tophuserkrankungen legen die Vermutung nahe, daß die Ansteckung durch Trinkwasser erfolgt sein kann. Die am anderen hohen Reimzahlen im Leitungswasser einzelner Wasserwerke haben schon zu amtlichen Warnungen vor dem Genuß des Trinkwassers in ungeschömmen Zustande Veranlassung gegeben. Die Möglichkeit, daß lebende Tophusbakterien trotz der fortwährenden Desinfektion am Krankenhause in die Abwässer und in das Rohrwasser und damit in das Leitungswasser gelangen, ist vorhanden. Es erscheint daher notwendig, allgemein vor dem Genuß ungeschömmen Leitungswassers zu warnen. Auch zum Waschen und insbesondere zum Mundspülen und Zähneputzen wird zweckmäßig nur gut durchgeseihtes Wasser zu benutzen sein.“

18 Duisburg, 27. Sept. (177 000 Mark unterschlagen.) Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich der ehemalige Direktor der Firma Schulte-Kaufmann in Oberhausen, Stahl- und Eisengießerei, wegen Unterschlagung zu verantworten. Hubert Walberg war seit 1894 bei der Firma tätig gewesen, bei der er erst 175 M. Monatsgehalt bezog, das im Laufe der Jahre auf 600 Mark stieg. Der Chef schenkte dem langjährigen Mitarbeiter volles Vertrauen und übertrug ihm nach und nach die gesamte Geschäftsleitung, auch die Aufsicht über die Kasse. Schließlich begann es aufzufallen, daß die Fabrik trotz voller Beschäftigung und reichlich eingehender Zahlungen ohne Reingewinn arbeitete. Bei den alljährlichen Bilanzen fanden gewöhnlich Einnahmen und Ausgaben gleichwertig gegenüber. Der Angeklagte beging die Unterschlagungen dadurch, daß er namentlich das Geschäftskontokonto höher belastete, als es tatsächlich der Fall war. Er hat von dem Gelde nichts für persönliche Zwecke abgezogen, sondern alles bei Banken und Sparkassen deponiert, so daß die Firma aus den Guthaben des Angeklagten 177 000 Mark zurückerhielt. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die Höhe der Unterschlagungen 1 Jahr Gefängnis. Das Urteil lautete dementsprechend.

19 Duisburg, 26. Sept. Ein Schwindler, der sich als Angehörter eines großen Zirkusunternehmens ausgab, machte bei vielen Geschäftsleuten Verschleungen und nahm baskir Angelegenheiten. Der Mann hat in Duisburg, Mülheim, Hamborn, Düsseldorf, Wesel und Witten

den Teufel auf einem Weg abgefahren. Er hat ein Zehn-er hoch.

20 Duisburg, 26. Sept. (Zemotrativ) Der hiesige Landrat hat die Wahl zum Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim-Rheinland beschlossen. Die Wahl zum Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim-Rheinland ist für den 1. April 1912 angesetzt. Die Wahl zum Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim-Rheinland ist für den 1. April 1912 angesetzt. Die Wahl zum Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim-Rheinland ist für den 1. April 1912 angesetzt.

21 Duisburg, 26. Sept. (Zemotrativ) Der hiesige Landrat hat die Wahl zum Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim-Rheinland beschlossen. Die Wahl zum Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim-Rheinland ist für den 1. April 1912 angesetzt. Die Wahl zum Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim-Rheinland ist für den 1. April 1912 angesetzt.

22 Duisburg, 26. Sept. (Zemotrativ) Der hiesige Landrat hat die Wahl zum Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim-Rheinland beschlossen. Die Wahl zum Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim-Rheinland ist für den 1. April 1912 angesetzt. Die Wahl zum Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim-Rheinland ist für den 1. April 1912 angesetzt.

23 Duisburg, 26. Sept. (Zemotrativ) Der hiesige Landrat hat die Wahl zum Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim-Rheinland beschlossen. Die Wahl zum Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim-Rheinland ist für den 1. April 1912 angesetzt. Die Wahl zum Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim-Rheinland ist für den 1. April 1912 angesetzt.

24 Duisburg, 26. Sept. (Zemotrativ) Der hiesige Landrat hat die Wahl zum Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim-Rheinland beschlossen. Die Wahl zum Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim-Rheinland ist für den 1. April 1912 angesetzt. Die Wahl zum Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim-Rheinland ist für den 1. April 1912 angesetzt.

25 Duisburg, 26. Sept. (Zemotrativ) Der hiesige Landrat hat die Wahl zum Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim-Rheinland beschlossen. Die Wahl zum Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim-Rheinland ist für den 1. April 1912 angesetzt. Die Wahl zum Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim-Rheinland ist für den 1. April 1912 angesetzt.

26 Duisburg, 26. Sept. (Zemotrativ) Der hiesige Landrat hat die Wahl zum Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim-Rheinland beschlossen. Die Wahl zum Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim-Rheinland ist für den 1. April 1912 angesetzt. Die Wahl zum Reichstagswahlkreis Duisburg-Mülheim-Rheinland ist für den 1. April 1912 angesetzt.

eidung
ie beider
als un-

terfä-
er Post-
n. Seit
ar d. J.,
der Post-
n. In-
schlag-
empfang-
eintrag-
an beiden
gehabt
st haben.
Befängnis.
hu offen
Hieselftraße
Gasthof
ich wä-
us mit
ein Be-
und, er
zunächst
mit vieler
mer schief
die Zure-
er gewalt-
en Per-
en Kran-

ere Blut-
um von
fchmheits-
mittags in
in Streit,
in Lande-
werden.
aus der
nen tiefen
nen Stich
bricht ver-

arz.) Die
Wilhelm-
zum zwei-
auf im
hmord.)
Eisenbahn-
Rähe des
er füm-
ten, ver-
mann aus-
habe sich
Arbeits-
Mitarbeit-
in einem
einen der
e Beschul-
erzen, daß
sich von
hen ließ.
Trauriger
Nieder-
vierjähri-
he, Schlag
Mädchen
em Unter-
Das Kind
die sehr

Schweres
helmshütte
auf einem
Drei Kr-
andwunden.
erfandtes
en hat sich
Zufahrt
a. heißt:
a. in letzter
Macht) und
Thyphus
e, daß die
sein kann.
Leitungs-
zu amt-
entworfene
g gegeben.
ziffen trotz
nenbatt in
und damit
vorhanden.
in vor dem
u warnen.
um Mund-
nur gut

1000 Mark
trafmann
der Firma
Schliff- und
verantwort-
der Firma
Monats-
re auf 600
angabigen
ertrag ihm
itung, auch
sich begann
voller Be-
tungen ohne
den Bilanz-
Ausgaben
beginnt die
entlich das
als es ist
dem Gelde
en, sondern
iert, so daß
Angellagen
Der Staats-
die Höhe der
nis. Das

Schwindler,
en Zirkus-
en Geschäfts-
Anzeigen
Bura, Mil-
und Witen

den Trid ausgeführt. Dieser Tage wurde er bei einem Meßgermeister, der gewarnt worden war, verhaftet.

Wies, 26. Sept. (Erstochen.) Hier hat ein Arbeiter den Liebhaber seiner Frau erschossen.

Düsseldorf, 26. Sept. Die Sozialdemokratische Partei hatte Sonntag eine Wahlerversammlung in das Apollotheater zur Besprechung der Stichwahl einberufen. Für den sozialdemokratischen Kandidaten und gegen das Zentrum sprach der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Liebnicht. In dieser Versammlung begründete auch für die Fortschrittliche Volkspartei der Reichstagsabgeordnete Dr. Rothhoff, und für die Demokratische Vereinigung der Düsseldorfer Vorstände dieser Vereinigung die Stichwahlparole ihrer Parteien für die Sozialdemokratie. Dr. Rothhoff erklärte, daß die Fortschrittliche Volkspartei nicht aus Liebe zur Sozialdemokratie, sondern aus Pflichterfüllung gegen das Vaterland und aus Abneigung gegen das Zentrum diese Stellung in der Stichwahl einnehme. — Der Hauptvorstand der Liberalen Vereinigung wird Mittwoch über die Stichwahlparole beschließen.

Düsseldorf, 27. Sept. Das Schwurgericht verurteilte den vorbestraften Pferdebahn-Angst Oberbahnführer, der am 15. Mai auf der Landstraße von Hubertstraße nach Mettmann dem Tagelöhner Patat gewaltsam die Geldbörse mit 6 Mk. Inhalt abnahm, unter Annahme mildernder Umstände zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis.

Köln, 26. Sept. (Ein Muttermörder vor dem Schwurgericht.) Vor dem Schwurgericht hatte sich am Samstag der 26jährige Goldarbeiter Gustav Adolf Schild zu verantworten, der beschuldigt war, am 10. Mai d. J. vorsätzlich seine Mutter, die Witwe Gustav Schild, getötet zu haben. Schild hatte die Absicht, ein Mädchen zu heiraten, mit dem er seit 1910 ein Verhältnis unterhielt; seine Mutter widerstand sich aber der Heirat, weil das Mädchen schon unehelich geboren hatte. Das Verhältnis zwischen Mutter und Sohn spitzte sich immer mehr zu, als Schild in Erfahrung brachte, daß er selbst ein uneheliches Kind war. Die Mutter behandelte den Sohn schlecht und verweigerte ihm das Geld, um selbständig zu werden. Am Morgen des 10. Mai kam es zu einem heftigen Wortwechsel. Nach Angabe des Angeklagten hat seine Mutter, die im Bett lag, ihn beschimpft und schließlich ihn einen Zuhälter und seine Braut eine Dirne genannt, was den Angeklagten derart in Wut versetzte, daß er seine Mutter mit einer Schürze, die er angeblich zum Baden in der Hand hielt, erdrosselte. Um einen Selbstmord vorzutäuschen, hängte er sie am Bettposten auf. Er ging dann zu seiner Arbeitsstätte, als ob nichts geschehen sei, und wurde dort verhaftet. Die Zeugen aussagen konnten sich im wesentlichen nur auf das Verhältnis zwischen Mutter und Sohn und ihren Seumund erstrecken; dem Täter wurde allgemein das beste Zeugnis ausgestellt. Er hat in der Voruntersuchung versucht, die Sache so darzustellen, als ob seine Mutter ihn aufgefordert habe, sie zu töten. Nach dem Urteil der ärztlichen Sachverständigen handelt es sich um eine Tat im Affekt. Die Braut, eine Dienstmagd, ist acht Jahre auf einer Stelle gewesen; ihr Dienstherr sagte ebenfalls sehr günstig über sie aus. Sie hat früher ein Verhältnis gehabt; ihr Liebhaber hatte ihr die Ehe versprochen, sie dann aber sitzen lassen. Das Urteil lautete wegen Totschlags auf 10 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust, die Mindeststrafe, die nach dem Gesetz vom Gericht hat verhängt werden können.

Mittelstandstag.

In Dresden fand im großen Saale des Vereinshauses der erste deutsche Mittelstandstag im Beisein des sächsischen Staatsministers Dr. Beck statt. Nach einer Begrüßungsansprache des Architekten Höhnler-Weigand eröffnete der Ehrenvorsitzende Oberbürgermeister Dr. Weitzel das Wort zu einer mit großem Beifall aufgenommenen Rede, in der er den begründeten Reichs-deutschen Mittelstandes-Verband zu seiner ersten Hauptversammlung begrüßte und des weiteren den Wunsch ausdrückte, daß es seinen Bestrebungen gelingen möge, dem Mittelstand in sozialer, wirtschaftlicher und politischer Richtung diejenige Stellung zu verschaffen, die er im Staatswesen einzunehmen berechtigt sei. Hierauf brachte Staatsminister Graf Bismarck von Goltz seine Freude darüber zum Ausdruck, daß es gelungen sei, den gesamten Mittelstand des deutschen Reiches zu einer kraftvollen Vereinigung zusammenzufassen. Der Minister drückte zum Schluß die Hoffnung aus, daß, wenn es gelingen sollte, auf den Mittelstandstagen fruchtbringende Gedanken in der Richtung eines gerechten Ausgleichs wirtschaftlicher Gegensätze zu fördern, von ihnen Anregungen ausgehen werden zu einer zielbewußten, nationalen, staatsrechtlichen, wahrhaft volkswirtschaftlichen Politik. Nachdem Staatsminister von Seydewitz sich in ähnlichem Sinne geäußert hatte, eröffnete Geheimrat Oberregierungsrat Japp das Wort, um den Mittelstandstag namens des Reichsamtes des Innern zu begrüßen und dessen Mitwirkung bei den Bestrebungen des Verbandes in Aussicht zu stellen. Es folgten Referate über das Submissionswesen, Warenhäuser und Konsumvereine, den Streikterrorismus sowie über die Stellung der Haus- und Grundbesitzer in der Mittelstandsbewegung, wozu entsprechende Resolutionen gefaßt wurden. Schließlich wurden unter großem Beifall der Versammlung an den Kaiser und den König von Sachsen Subsidiumsgramme abgeleitet.

Verein Deutscher Eisenhüttenleute.

Sonntag mittags 2 Uhr wurde in Breslau die Hauptversammlung des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute mit einer Ansprache des Vorsitzenden des Vereins, Kommerzienrat Springorum-Dortmund eröffnet. Anwesend waren u. a. der Oberpräsident der Provinz Schlesien, Dr. von Gumbert, Bürgermeister Trenin, sowie die Oberbürgermeister der Eisenhüttenstädte Königsbrunn und Kattowitz, die Präsidenten der Eisenbahndirektionen Breslau, Kattowitz und Zabrze, die Vertreter der Universität Breslau, der Hochschulen Aachen,

Breslau, Charlottenburg und Darmstadt, der Bergakademie Berlin und Clausthal und Oberbürgermeister Wilms-Bonn. Die auscheidenden Herren des Vorstandes wurden wiedergewählt und neu in den Vorstand Direktor Dr. Wieg von der Deutsch-luxemburgischen Hütten-Altiengeseellschaft gewählt. Es folgte ein Vortrag des Direktors der technischen Hochschule Breslau, Professors Dr. Schenk über die physiko-chemischen Grundlagen des Hüttenwesens, in dem er u. a. ausführte, von den einzelnen Kapiteln dieses Gebietes komme für das Hüttenwesen hauptsächlich die chemische Metallurgie in Betracht. Er charakterisierte dann die Mannigfaltigkeit der Umwandlung, erörterte die Prinzipien der Metallurgie und der thermischen Analyse und wies auf die Bedeutung des Grundgesetzes der chemischen Gleichgewichtstheorie der Gase hin. Zuletzt erinnerte der Vortragende daran, daß die Prinzipien der chemischen Gleichgewichtstheorie von Männern aufgestellt seien, die nur die Erweiterung der naturwissenschaftlichen Kenntnisse im Auge gehabt hätten, an deren großen Wert für technische Zwecke hätten sie nicht gedacht. Weiter sprachen der Dozent der technischen Hochschule zu Breslau, Professor Dr. Simmersbach, Professor Dr. Friedrich und Dr. Ing. Ruppe. Nach einigen Dankworten des Vorsitzenden Springorum wurde alsdann die Tagung geschlossen. Abends war ein Festmahl, dem sich am Montag Besichtigungen oberflächlicher Eisenwerke anschlossen.

Den eigenen Vater ermordet.

Der 18jährige Sohn des Barons Courvigny bei Lausanne in der Normandie erschoss seinen Vater, als er im offenen Wagen die Landstraße einführte, aus dem Hinterhalt. Das Opfer, ein 49jähriger, in der Gegend hochgeschätzter Mann, war sofort tot. Der Sohn gab an, auf Anstiften der Mutter gehandelt zu haben, die neben ihm stand, als er den mörderischen Schuß aus dem Hinterhalt abgab. Das Motiv der Tat ist das der eifersüchtigen Mutter und des ebenfalls eifersüchtigen Sohnes gegen den Vater, den sie seine strenge Scharfsinnigkeit nicht verzeihen konnten. Mutter und Sohn sind verhaftet.

Die in dem bretonischen Städtchen Kallif geführte gerichtliche Untersuchung gegen den jungen Baron de Courvigny und dessen Mutter hat eine fesselliche Einzelheiten über den gemordeten Vatermord zutage gefördert. Der Sohn und die Mutter verhielten sich dem Untersuchungsrichter gegenüber vollkommen apathisch, ja apathisch. Sie legten nicht die mindeste Reue an den Tag und erzählten, nachdem sie des furchtbaren Verbrechens überführt waren, ohne Schen und Scham die kleinsten Details. Sie hatten den Mord schon seit etwa Monatsfrist geplant, schwankten aber hinsichtlich der auszuwählenden Todesart. Die Mutter wollte, daß der Sohn Karl Robert den Vater erdrossle. Der Sohn aber gab einem guten Revolver den Vorzug. Endlich entschied man sich für ein Jagdgewehr. Die Mutter entnahm dem Gewehrfranke ihres Gatten eine alte Leuchtfeuerpatrone und gab ihrem Sohne tagelang

regelmäßigen Schießunterricht.

Eines Tages sagte sie: „Mein, dieses Gewehr hat so viel Ruchloß“, und sie nahm eine andere, neuere Jagdpistole, womit sie einen Schuß abgab. Der Sohn probierte die Pistole dann ebenfalls, indem er auf einen Kofien schoss. Am vorigen Sonntagabend nachmittags waren die beiden mit ihren Vorbereitungen fertig, und der Mord sollte in der Nacht ausgeführt werden. In der bereits gemeldeten Weise lauerte der Sohn dann dem von einer Ausfahrt zurückkehrenden Vater auf der Landstraße, unweit des Schlosses, auf und gab aus nächster Nähe einen Schuß auf ihn ab. Die kleine Schwester Karl Roberts, Elisabeth, war auch dabei. Sie hatte Angst und weinte. Als der Schuß gefallen war, käumte sich das Pferd und ging durch. Im Hofe des Schlosses angelangt, sahen die beiden Mörder, daß der Vater noch lebte. Er rollte die Augen und atmete heftig, konnte sich aber nicht mehr bewegen. Man sah ihn an und wartete ruhig, bis er tot war. In den Wagnerrädern fand man später noch umhergeprügelte Gehirnteile. Jetzt lagen sich beide Mörder gegenseitig an, den anderen Teil zu dem Verbrechen getrieben zu haben. Beide erschienen in einem entsetzlichen Aufzuge vor Gericht, die Mutter mit zerfetzten Schuhen und kurzen Socken, der Sohn ohne Strümpfe, beide schmutzig wie Landstreicher. Man zweifelt an der Zurechnungsfähigkeit der beiden.

Aus aller Welt.

Ein geheimnisvolles Verbrechen hat sich am 1. September in einem Personenzuge zwischen Weimar und Apolda zugefallen. Nach den uns zugegangenen Meldungen scheint ein Raubmord auf einen Kraftwagenführer verübt worden zu sein, worauf der Täter Selbstmord beging. In einem Abteil 2. Klasse wurde Montag nacht nach 12 Uhr in dem von Apolda um diese Zeit abfahrenden Personenzuge ein gewaltiges Getöse von einem Kraftwagenführer von einem Buchhalter der Freiburger Mühle ermordet, worauf sich der Buchhalter selbst erschoss. Die amtliche Meldung lautet: Beim Aufbruch des Personenzuges 227 auf Bahnhof Groß-Serringen wurden zwei jüngere Leute in einem Abteil zweiter Klasse erschossen aufgefunden. Sie waren in Apolda zugeflogen. Vermutlich liegt Raubmord mit darauf folgendem Selbstmord vor. — Unwetter. In vielen Teilen Tirols herrscht Unwetter mit starken Schneefällen. Durch heftigen Sturm wurden viele Häuser stark beschädigt. Die Wege in den Bergen sind verheerend. Auch Südfrauen hat unter Kälte und Schneefällen arg zu leiden.

Englands Marine-Luftschiff zerstört.

Das britische Marine-Luftschiff, die Hoffnung der britischen Admiralität und deren erster Versuch in der Luftschiffahrt, ist, als es einen neuen Probeflug unternahm, beim Verlassen der Halle in Barrow mittendurch gebrochen. Es ist völlig zerstört. Das Prad liegt teilweise innen- und teilweise außerhalb der Hallen.

Ein neuer Seuchungsprozess gegen Petersburger Militärbeamte beginnt demnach vor dem Petersburger Kriegsgericht unter Vorsitz des Generals Ginefio. Angeklagt sind: Die Obersten Alimow und Butom, die Oberleutnants Freigang, Suhsinski, Jurelow, Hofrat Kihinski, sowie die Witwe des Kammerjunkers Sapiezka, in deren Wohnung die Zusammenkünfte der Intendanten mit den Lieferanten zur Feststellung der Schmiergelder, stattfanden. Eine Westfirma zahlte innerhalb 25 Jahren 40 Millionen Mark Schmiergelder, davon mehr als die Hälfte an die Intendanten. Eine andere Firma zahlte für nur eine Lieferung 60 bis 70 000 Mark Schmiergelder, wodurch die Krone um mehr als 1 Millionen Mark geschädigt wurde. Die Lieferanten mußten den Intendanten auch große Gelage geben, wobei eine Flasche Kognak mit 200 Mk. bewertet wurde.

Die Lavaströme der Ätna. Aus Taormina meldet der Drakt: Während der Lavaströme versuchten etwa 4000 Frauen das Cholerahospital zu füllen, um die dort internierten Kranken zu befreien. Die Frauen glaubten, das Hospital stehe in Gefahr, vom Lavastrom erreicht und zerstört zu werden. Ferner wird aus Rom gemeldet: Zahlreiche Touristen treffen in Taormina ein, um das Schauspiel des Ausbruchs des Ätna mit anzusehen. Viele Hotels, die um diese Jahreszeit bereits geschlossen waren, haben ihre Tore wieder geöffnet. Professor Friedländer (Berlin) erklärte Journalisten gegenüber, es sei ihm gelungen, mit seinen Instrumenten ein neues vulkanisches Gas zu entdecken, dessen Analyse er dem internationalen geologischen Kongress zuwenden lassen werde.

Durch eine Ueberflutung wurde die türkische Stadt Serres zum großen Teil vernichtet. Viele Häuser stürzten ein, die Zahl der Verwundeten ist noch nicht fest. Auch in der Umgebung der Stadt auf den fruchtbaren Feldern wurde durch die Ueberflutung großer Schaden angerichtet. Die Stadt-leitete eine Hilfsaktion ein.

Eisenbahnunfall. Bei Alton (Nordamerika) überfuhr ein Eisenbahnzug einen vollbesetzten Leiterragen einer Ausflugsgeellschaft. Vierzehn junge Leute wurden getötet, zwölf schwer verletzt.

Neueste Nachrichten

W. = Wolffs Bureau, H. = Hirsch's Bureau, E. = Privattelegramm.

Tripolis.

H Konstantinopel, 27. September. Der italienische Geschäftsträger hat im Auftrage seiner Regierung der Pforte eine Note überreicht, in der Italien erklärt, durch die gegenwärtigen besonderen Umstände gezwungen zu sein, selbst besondere Maßregeln zu ergreifen.

H Wien, 27. September. Wie aus Rom gemeldet wird, sind die italienischen Kriegsschiffe „Macona“, „Roma“ und „Emanuel“ im Hafen von Tripolis eingetroffen und kreuzen jetzt auf hoher See. — In Sizilien herrscht helle Begeisterung unter der Bevölkerung. Ein General erklärte, in Palermo ständen 30 000 Mann bereit. Die in Sizilien zur Verfügung stehende Truppenzahl betrage 80 000 Mann.

H Petersburg, 27. September. Der hiesige türkische Votschafter, Tuzkan-Pascha, der einen zwei-monatigen Urlaub angetreten hatte, ist auf Befehl seiner Regierung auf seinen Posten zurückgekehrt.

Marokko.

H Paris, 27. Sept. „Matin“ schreibt: In der Unterredung, die Staatssekretär von Kinderlen-Wächter gestern mit dem Votschafter Cambon hatte, fand die Besprechung der von der französischen Regierung übermittelten Antwortnote statt. Das Abkommen umfaßt 15 Artikel. Mit Ausnahme von dreien herrscht über alle Artikel Einverständnis. Herr von Kinderlen-Wächter wünscht noch kleine Änderungen an diesen 3 Punkten, von denen einer die Konsulargerichtsbarkeit in Marokko betrifft.

Schwere Kesselexplosion.

H Berlin, 27. Sept. Die Himmelsburger Anilin-fabrik der A.-G. für Anilinfabrikation war gestern nachmittags der Schmelzpfanne verheerenden Kessel-explosion. Gegen 3 Uhr nachmittags ertönte plötzlich ein gewaltiger Knall und einen Augenblick später lag der große Kessel durch das Dach des Fabrikgebäudes in die Luft. Der Kessel stürzte mit großer Gewalt auf das Dach zurück, durchschlug es nochmals und blieb im Mittelgeschoß liegen. 5 Arbeiter kamen dabei zu Schaden, sie wurden zum Teil schwer ver-

letzt oder erlitten Knochenbrüche. Drei von ihnen, die Arbeiter Bachmann, Geißler und Nieß mußten nach dem Krankenhaus gebracht werden; besonders der Zustand Geißlers gibt zu Bedenken Anlaß. Der Unglückliche erlitt sehr gefährliche Brandwunden, da er mit dem Kessel durch die Decke in das Mittelgeschoß abstürzte. Leicht verletzt sind die Arbeiter Knorr und Richter. Der Gebäudeschaden ist bedeutend. Der explodierte Kessel enthielt Oleum. Es ist noch nicht festgestellt, wodurch die Kesselexplosion herbeigeführt wurde.

Strassenbahnzusammenstoß.

Arnheim, 27. Sept. Gestern nachmittags stieß auf der Utrechter Chaussee zwischen Otterbode und Arnheim ein Automobil mit einem Wagen der Dampfstraßenbahn zusammen. Zwei Personen, die sich auf dem Perron des Wagens befanden, wurden getötet, mehrere andere Passagiere lebensgefährlich verletzt. Das Automobil wurde stark beschädigt, die Insassen blieben unverletzt.

Tragödie eines ungarischen Grossgrundbesitzers.

H Wien, 27. September. In einem Hotel im 3. Bezirk hat gestern der ungarische Großgrundbesitzer Vangos Groog seine Frau und sich selbst erschossen. Das Ehepaar wohnte bereits seit sechs Wochen in Wien und wartete den Ausgang eines Zivilprozesses ab, der für die finanzielle Stellung der Familie ausfallgebend war. Der Prozeß wurde verloren. Dazu gefallten sich andere Verluste, die den finanziellen Ruin des ehemaligen Millionärs herbeiführten.

Bewegung unter den Londoner Dockarbeitern.

H London, 27. Sept. Auf den Londoner Docks triefelt es wieder. Das Zentrum der Agitation ist das Docks-Dock in dem Vorort Doptford, das heute still liegt, nachdem 500 Mann Dock- und Werftarbeiter sowie Kohlenträger und Stauer die Arbeit niedergelegt haben. Auf den andern Docks werden Waren, die von diesen Docks kommen, nicht beladen. Die Leute sind mit dem letzten Schiedsrichterspruch unzufrieden, der Streit breitet sich aus. Im Zusammenhang mit einem Auslande der Arbeiter in den Waggonfabriken von Swansea kam es dort am Montag abend zu ersten Unruhen. Die Menge richtete großen Schaden an. Die Polizei war machtlos. Erst als Verstärkungen eintrafen, wurde die Ruhe wieder hergestellt. 10 Polizeibeamte wurden verletzt.

Standesamt Bismarck.

Vom 1. bis 15. September 1911.
Bermählte: Maler u. Anstreichermeister S. Laarmann u. Mathilde Sträter, Lünen u. Hermann Werbe; Bergm. F. Schüttelkorb u. Elisabeth Gieshoff, Oberberge u. Markt; Bergm. S. Mahlbach u. Friederike Brodmann, Rünthe u. Osterbede; Bergm. M. Gass u. Haushälterin Magdalene Scheiding, Wiescherhöfen.
Geboren: Ein Sohn den Nachbenannten: Schlosser W. Sorge; Kaufmann F. Hargel; Bergleute F. Ehring, Rünthe; E. Kemper, Serringen; A. Lemermann, Rünthe; W. Böh, Wiescherhöfen; R. Stein; A. Bid, Rünthe. — Eine Tochter den Nachbenannten: Schneider W. Briemann, Bismarck; Schneidermeister Fr. Dehler, Oberberge; Fuhrmann W. Jüllenbed, Serringen; Arbeiter R. Schinkas, Bismarck; Bahnarbeiter W. Regeborn; Bergleute F. Gidom, Wiescherhöfen; S. Marquardt; T. Fische, Rünthe; F. Schipper, Oberberge; J. S. Schwarze, Wiescherhöfen; W. Holtmann, Heil; D. Wam; G. Krans, Rünthe; J. Winkelsch, Serringen; D. Fabris, Rünthe; W. Massadina, Wiescherhöfen; R. Kerner, Oberberge; T. Kleine, Heil; A. Laberens, Serringen.
Gestorben: Mathilde Ludwig, 3 Mon.; Pauline Kellner, 7 Mon.; Serringen; E. A. Schmal, 3 Mon.; Rünthe; Holzarbeiter J. Zörmann, 44 Jahre, Bismarck; Grete Fride, 1 Mon.; Rünthe; Ida Hüling, 6 Mon.; Heil; Anna Jäbbs, 1 Mon.; S. R. Barra, 7 Mon.; R. Barra, 2 J.; Bergm. A. Angelutti, 25 J.; F. Trzonka, 1 J.; Rünthe; W. Kirmöller, 1 J.; Elisabeth Müller, 3 J.; Wiescherhöfen; Maria Andrejewitsch, 1 J.; Bismarck; F. Dominik, 4 J.; Rünthe; Landwirt S. Vethaus, 70 J., Oberberge.

Verantwortlicher Redakteur Fr. Meyer, Ramm.

Stadt. Volksbibliothek am Kirchplatz.

— Benutzung frei. —

Die Bibliothek

ist geöffnet:
Montags von 6-7
Mittwochs 11-12 Uhr
Freitags abends.
Sonntags von 11-12-12 1/2 Uhr mittags.
Der Bibliothekar.

Zahle bis 1 Mt. pro Zahn

für alte Zahn-Gebisse
Kaufe Donnerstag, 28.,
Hotel gold. Stern 9-1 vorm. 1911

Statt besonderer Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, gestern abend 11 Uhr unser liebes Söhnchen und Brüderchen

Willi

im Alter von fast 3 1/2 Jahren, nach längerem, schwerem Leiden zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Dieses zeigen tiefbetrubt an 1328

Gustav Schüller nebst Familie.

Bergkamen, den 26. September 1911.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 29. d. M., nachm. 3 Uhr, vom Sterbehause aus statt.

Kamener Zeitung

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Inzertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage für's Heim monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Für's Heim“

dreimal wöchentlich

Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 116.

Donnerstag, den 28. September 1911.

39. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Rede des Großadmirals von Koesler in Cassel.

Auf Kriegsmaritimem Gebiete haben wir im Laufe des vergangenen Sommers, ein Zeichen der Zeit, unter dem Eindruck der Flottenschauen gesehen.

Zunächst fand im Anschluß an die Krönungsfeierlichkeiten in London auf der Reede von Portsmouth eine Flottenschau statt.

Es war daselbst eine Flotte vereinigt, die an Mächtigkeit alle bisher im Krieg wie im Frieden zusammengezogenen Seestreitkräfte übertraf. Mit den Schiffen der Heimaflotte, des Atlantischen Ozeanflotten und einer Anzahl von Schiffschiffen waren es 166 Fahrzeuge, darunter 32 Linien- und 25 Panzerkreuzer. Von der Herausziehung der auf den Werften liegenden in mehr oder weniger kriegsbereitem Zustande befindlichen Reserve an älteren noch kriegsbrauchbaren Schiffen hatte man abgesehen, auch waren die zum Mittelmeer- und Ostsee-Flotten gehörigen 6 Linien- und 8 Kreuzer, sowie die außereuropäischen Stationäre nicht in die Heimat befohlen worden.

Die in Baradesstellung befindliche Flotte repräsentierte somit in der Hauptache die erste Kampf- und Reserveflotte, die bis auf die 3. und 4. Division der Heimaflotte waren die Schiffe sämtlich vollbesetzt. Diese beiden Reserveformationen waren aber mit 1/4 der vorzüglich durchgeübten aktiven Besatzungen besetzt, so daß zu ihrer Auffüllung nur 1/4 Reservebesatzungen erforderlich gewesen wären. Ich erwähne dies besonders, weil unsere Reserveformationen sich bisher mit 1/4 aktiven Personal begnügen mußten, eine Zahl, die mit zu niedrig gegriffen zu sein scheint, wenn man die Schiffe unmittelbar nach Erlass des Mobilisationsbefehls kampfbereit haben will, und somit Höchstleistungen von ihnen fordern muß. Wenn man in vereinzelter Fällen bei uns bis auf die Hälfte hat gehen können, so habe ich darin einen Fortschritt, von dem ich hoffen möchte, daß er bald zur Regel würde. Die geringe Personalvermehrung kann bei ihrer großen militärischen Bedeutung, da sie uns bitter not tut, finanziell kaum in Betracht kommen.

Die fremden Mächte waren bei der Schau mit 18 Kriegsschiffen vertreten, unter denen unser Panzerkreuzer „v. d. Tann“ als der mächtigste Repräsentant seines Typs hervortrat.

Am 4. September fand in Toulon in Gegenwart des Präsidenten der Republik eine Flottenschau statt, die in französischen Kreisen als eine nationale Kundgebung bezeichnet worden ist. An dieser waren 90 Schiffe beteiligt, darunter 18 Linien- und 9 Panzerkreuzer. Wir haben hier die Aufgabe zu konstatieren, daß unter den beiden letzten Marineministern und besonders unter dem tatkräftigen Delcassé, in Frankreichs Marine neues, ungeahntes Leben eingeblasen ist, auf das wir trotz der momentanen Unterlegenheit der französischen Flotte, die sich in den nächsten Jahren noch steigern wird, ein wohlwollendes Auge richten müssen, da Ueberflügungen, besonders wenn wir an unserem beschränkten Bauprogramm festhalten, um so weniger ausgeschlossen sein dürften, als die Franzosen ihre früher sehr lang bemessenen Bauzeiten wesentlich einschränken und meines

Wissens ein endgültiger Beschluß über das Entschleunigungsprogramm der französischen Flotte noch nicht gefaßt ist.

Die dritte und uns am meisten interessierende streng militärische Flottenschau wurde am 5. September von unserem Kaiser in Gegenwart des österreichisch-ungarischen Kronprinzen abgenommen. Es war mit die Ehre zuteil geworden, derselben von der „Hohenzollern“ aus beizuwohnen zu dürfen. Diese positierte zunächst die drei vor Anker liegenden neuesten Groß-Linienschiffe „Thüringen“, „Hörsing“ und „Seydlitz“, die sich noch im Probefahrtsverhältnis befinden und fuhr dann, begleitet von den in freudiger Erregung aus allen Teilen des Reiches zusammengeströmten Zuschauern, die sich auf einer schier endlos erscheinenden Zahl von Dampfzügen eingeführt hatten, der Flotte entgegen, die in schmuckem Gewande an ihrem Kaiser vorbeidampfte. Allen voran die Torpedobootsflotten mit 66 Booten, denen die gesamte Hoch- und Mittelmeerflotte unter der Führung des Flottenkommandanten, „Deutschland“ mit 21 Linien- und 4 Panzerkreuzern und 8 kleinen Kreuzern folgte; den Schluß bildeten die beiden Minenflotten mit 8 Unterseebooten; im ganzen 107 Schiffe.

Unter dem mächtig drohenden Kaiserfahnen erfolgte der Vorbeimarsch, der ein unbeschreiblich schönes, würdevolles und gewaltiges Bild darbot. In langer Kette paradierten die durch die Sommerübungen weitergebrachten Besatzungen, die in begeisterter erlösenderen Surraufen ihrem geliebten Kaiser und seinem erlauchtem Gaste freudig zujubelten. Fürwahr ein stolzer Anblick!

Nach der Parade erfolgte die Umschiffung auf „Deutschland“, von der aus eine Reihe von Geschützübungen durchgeführt wurde, die die frische Schußkraft, deren sich unsere Flotte zu erfreuen hat, marant zum Ausdruck brachten. An diese schloß sich, nachdem völlige Dunkelheit eingebrachen war, ein allgemeiner, von 66 Torpedobooten mit erhelltem Scheinwerferlicht auf die Flotte ausgeführter Angriff, der herrliches Zeugnis ablegte von dem schneidenden Geist, der unter Seeführern und namentlich auch den jüngeren Teil derselben beherrscht. Mächtige die berechtigten Hoffnungen, die das Vaterland in seine Söhne setzt, wenn der Kaiser sein Volk zu den Waffen rufen möchte, in vollstem Maße in Erfüllung gehen! Das ist die mir lebendige Hoffnung auf die Zukunft, die mein altes Flottenherz freudiger schlagen läßt!

Welch mächtige Entwicklung hat doch unsere Flotte in den letzten 20 Jahren genommen!

Wenn wir uns nun die in den verschiedenen Flottenschauen vorgestellten Schiffe ihrer Qualität nach ansehen, so fällt als springender Punkt das Verhältnis der Panzerkreuzer zu den Linien- und Kreuzern auf.

In England 32 Linien- und 25 Panzerkreuzer
Frankreich 18 „ „ 9 „
bei uns 21 „ „ 4 „

und dabei eine Reserve von nur 2, Schul- und Versuchsschiffen dienenden Panzerkreuzern mit beschränkter Geschwindigkeit.

Aus dieser Zusammenstellung ergeben wir, wo unser wunder Punkt ist. Zweifellos muß England infolge seiner isolierten Lage und der dadurch bedingten Notwendigkeit einer dauernd geregelten Zufuhr an Lebensmitteln und Rohstoffen, des Bedürfnisses einer ständigen Verbindung mit seinen Kolonien und seiner an erster Stelle

stehenden Handelsflotte (12 Millionen Tonnen gegen 3 Millionen Tonnen bei uns) über eine wesentlich größere Zahl von Kreuzern verfügen wie wir. Wir müssen aber bedenken, daß es für diese Zwecke, außer den vorerwähnten, noch weitere 15 Panzerkreuzer besitzt und daß ihm sonst noch etwa 100 Kreuzer unterschiedlicher Art und Größe zur Verfügung stehen, von denen nahezu die Hälfte in den verschiedenen Weltgegenden stationiert ist.

Bei dieser Gelegenheit erscheint es angebracht, auch auf den Wert einzugehen, den der beiderseitige Außenhandel repräsentiert. Die Zahl stellt sich für England auf rund 22 Milliarden Mark jährlich, gegenüber 16 Milliarden bei uns, also ungefähr wie 4:3. Nach einiger Zeit des Stillstandes hat sich dieser unser Außenhandel, der unter den Handelsstaaten der Welt an zweiter Stelle steht, im Laufe des vergangenen Jahres um mehr als eine Milliarde gesteigert, die zum weitaus größeren Teil der Ausfuhr zugute kommt.

Wir haben weiter zu berücksichtigen, daß unsere Flotte ebenfalls an zweiter Stelle stehende Handelsflotte in stetiger und erfreulicher Zunahme begriffen ist, daß die Zahl der Handelsdampfer über 10.000 Lo., die in England 80 beträgt, bei uns schon auf 34 angewachsen ist, während die Vereinigten Staaten von Nordamerika nur 9 und Frankreich sogar nur 7 aufzuweisen haben, trotzdem beide Regierungen eine sehr viel höhere Subvention gewähren wie wir. Der Tonnengehalt unserer Handelsflotte hat sich in den letzten 10 Jahren um etwa die Hälfte erhöht, d. h. er ist von 2 Millionen Tonnen auf etwa 3 Millionen gestiegen.

Weiter haben wir die zunehmende Bedeutung unserer Schutzbereiche ins Auge zu fassen, die mit einer Bevölkerung von 14 Millionen Seelen ohne Rücksicht auf das allein für 116 Millionen ein- und ausführenden jährlichen Gesamtumsatz von 100 Millionen Mark aufzuweisen haben.

Wenn wir schließlich die erfreuliche Tatsache berücksichtigen, daß unsere Reichsfinanzen im letzten Jahre einen Ueberschuß von 117 Millionen Mark über den Anschlag hinaus ergeben haben, und wir in der Hoffnung, daß uns ein ehrenvoller Friede bewahrt bleibe, auf ein weiteres erfreuliches Aufsteigen unseres Wirtschaftslebens zu rechnen haben, so dürfen wir die Kosten nicht scheuen, die für den Schutz unserer Küsten zur Vermeidung der Schrecknisse einer Blockade, sowie für die Sicherung unserer überseeischen Verkehrswege unvermeidlich sind.

Denn, meine Herren, es handelt sich hier um die Erhaltung von Werten, deren Schaffung wir der Tüchtigkeit und Arbeitsamkeit des deutschen Volkes zu danken haben, aber auch um Werte, die wir vom Auslande benützt werden und die daher leicht bedroht sein können, deren Schutz uns deshalb besonders am Herzen liegen muß. Soweit die Marine hierfür in Betracht kommt, wird sie auf sich selbst angewiesen sein, denn Freunde, die über nennenswerte Flotten verfügen, haben wir, namentlich im Norden, nicht. Sogar wir es doch gelegentlich der politischen hochgekauften Atmosphäre der jüngsten Zeit erfahren müssen, welch tiefgehender Groll noch jenseits der Boreien gegen uns aufgespeichert ist. Trotz des fast durchweg würdigen Verhaltens unserer Presse wurde dieser Groll, wenn wir es auch nicht vertennen wollen, daß England gerade in der Ma-

rkoffrage Frankreich gegenüber Verpflichtungen zu erfüllen hatte, durch die in aufreißendem, ja ich möchte sagen in drohendem Tone gehaltenen Artikel des uns feindlich gesonnenen Teils der englischen Presse genährt und gesteigert. Dies Vorgehen hat uns wehe getan und uns verbittert.

Wir sind ein friedliches, aber mächtiges und kräftiges Volk, welches eine Milliardenlast für seine Rüstung willig trägt, welches sich dafür seine Selbständigkeit aber unter allen Umständen wahren will, selbst wenn es genötigt sein sollte, dies mit gewappneter Faust zu tun. Man wird dann gewahr werden, daß deutsche Kräfte zurzeit noch ebenso wichtige Schlüsse auszuwickeln müssen, wie in den großen Kriegen, die dank den glänzenden Waffentaten unserer Armee zur Einheit des Deutschen Reiches geführt haben.

Diese und ähnliche Gründe haben die Hauptversammlung zu Nürnberg veranlaßt, in einmütiger Zustimmung eine Resolution anzunehmen, die über das bestehende Flottenbauprogramm hinaus den Bau von jährlich einem Panzerkreuzer mehr ins Auge faßt, um schneller auf die gezielte Zahl von 20 kriegsbrauchbaren Panzerkreuzern zu kommen.

Diese Resolution hat mancherlei Ansetzungen erfahren müssen, gegen die ich bereits in Magdeburg Stellung genommen habe.

Heute möchte ich auf die gegen dieselbe noch weiter erhobenen Einwendungen nicht näher eingehen, mich vielmehr zur Klarstellung der Situation mit der Bemerkung begnügen, daß das Flottengesetz sich lediglich mit den direkten Kriegszwecken dienenden Schiffen beschäftigt, daß also Schiffe, die in der Lücke der Schul- und Spezialschiffe gefüllt werden müßten, wie z. B. Kreuzer, die im Aufklärungs- und Auslandsdienst keine Verwendung mehr finden können, nicht in den Rahmen dieses Gesetzes hineingehören, daß es mir weiter aber ganz unmöglich erscheint, daß unsere so wohl begründete und wohl vorbereitete Resolution, die sich in jedem Punkt mit unserem schon vor drei Jahren aufgestellten Programm deckt, von der Reichsregierung unbeachtet übergangen werde, wie ein Berliner Blatt kürzlich schrieb.

Ich möchte von dieser Stelle aus an die verantwortlichen Staatsmänner, vor allem an den Staatssekretär des Reichs-Marine-Unters die Frage richten, ob sie angesichts der seit Wochen im Reich herrschenden, tiefgehenden Besorgnis um die Unabhängigkeit unserer Nation unter den großen Weltmächten bei einem Bauprogramm verharren wollen, das meines Erachtens diese Selbständigkeit zu sichern nicht imstande ist.

Ich möchte an den Reichstag, der schon einmal in kritischer Zeit unbefugten fremden Einpruch durch debattierlose Annahme des Marinehaushalts beantwortete, die Mahnung richten, daß er auch jetzt, als eine seiner letzten Taten, der Vollendung des deutschen Volkes sei und dessen Willen zur Wahrung seiner Selbständigkeit durch die Forderung der schnelleren Durchführung des Flottengesetzes im Sinne unserer Resolution befinde.

Das deutsche Volk, dessen dürfen wir gewiß sein, wird in seiner großen Mehrzahl einen solchen Beschluß mit Freuden begrüßen. Denn auch fernerhin müssen wir ein Volk in Waffen bleiben, wenn wir uns unsere Stellung unter den Weltmächten in Ehren wahren und die wirtschaftliche Zukunft unseres Volkes sichern wollen.

Aus aller Welt.

Der Berliner Magistrat beschloß den Massenverkauf von Seefischen und deren Wiederverkauf zu billigen Preisen. Die sozialdemokratischen Anträge, nach denen die Stadt Berlin größere Quantitäten von Lebensmitteln kaufen und zu billigen Preisen abgeben sollte, wurden abgelehnt, weil man befürchtet, durch eine derartige Maßnahme die kleinen Händler zu schädigen. Der Münchener Magistrat beschloß den Verkauf von Kartoffeln und deren Verkauf zu billigen Preisen, ebenso die Gewährung einer einmaligen Lohnerhöhung an alle Beamten bis zu 1800 Mk. Einkommen.

Ein Millionen-Projekt. Die Stadt Berlin wurde verurteilt, an die Gemeinde Rixdorf Beiträge zu den Unterhaltungskosten der Rixdorfer Schulen im Betrage von 1.980.000 Mark zu zahlen. Berlin will jedoch gegen dieses Urteil Berufung beim Oberverwaltungsgericht einlegen.

Seitkampfs zwischen Dampfern. Ein interessanter Seitkampf fand in Plymouth seinen Abschluß. Drei Dampfer hatten gleichzeitig Anspruch auf den Platz eines Dampfers, der als erster Plymouth erreichte. Als erster kam nachmittags der Norddeutsche Lloyd-Dampfer „George Washington“ an, als zweiter drei Stunden später der Dampfer „Majestic“ der White Star Linie, als dritter Dampfer „Newport“.

Ein Vetter des Reichskanzlers, der Rittergutsbesitzer von Bethmann Hollweg, wurde

wegen Zweifels mit dem Grafen von der Goltz zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Das vielbesprochene Verbot des Kine-matographischen Films „Kaufmann Johnson-Jeffries“ ist jetzt dahin abgeändert worden, daß er, soweit er die Vorbereitungen zum Kaufmann-Jeffries, gezeigt werden darf, die Prügelei selber, die die Polizei für Aergernis erregend hält, fällt nach wie vor fort. Aber auch hiermit ist das betreffende Theater nicht zufrieden und klagt weiter wegen Geschäftserschädigung.

In der Gefängnisanstalt in Weissen-see haben Dienstag acht Mädchen, die zu einer Abteilung vereinigt sind, revoltiert. Diese Mädchen hatten sich schon seit einiger Zeit sehr remitent benommen. Als sie Dienstag mittags nach dem Speisesaal geführt wurden, zertrümmerten sie Türen, Fensterbänke und zerfüllten und konnten nur mit Mühe überwältigt werden. Zwei der Mädchen, die sich besonders widerstandstun gezeigt haben, wurden in eine Arrestzelle gesperrt. Später brachte man alle acht Mädchen nach dem Berliner Polizeipräsidium.

Der erste Schloß-Projekt. Vor dem Schöffengericht in München wurde in den letzten Tagen eine Verurteilung wegen Verleumdung des Königs an der Technischen Hochschule in München, Geh. Hofrats Dr. Franz v. Soppelt gegen den Gutsbesitzer Reichsrat Hans Freiherr v. Thüngen verhandelt. Den Untergrund des Prozesses bildeten die bekannten Angriffe Prof. v. Soppelts gegen die Kaiserproklamation der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft. Herr v. Thüngen hatte die Angriffe Soppelts scharf zurückgewiesen und war dar-

aufhin von diesem wegen Verleumdung verurteilt worden. Das Urteil lautete auf Freisprechung. In der Begründung wurde ausgeführt: Alle Vorwürfe gegen Prof. v. Soppelt haben sich als unbegründet erwiesen. Soppelt hatte allerdings den § 17 des Kaiserproklamationen hart angegriffen und ihn zuerst als schimpflich bezeichnet. Diesen Ausdruck habe er aber revidiert und den Paragrafen nur als unwürdig bezeichnet. Diese Bezeichnung werde man oft auf Maßnahmen an und er sei durchaus üblich. Es dürfe auch die Person des Klägers nicht übersehen werden; es müsse solch hervorragenden Männern, die im öffentlichen Leben stehen, manches freie Wort zugefunden werden. v. Soppelt habe durchaus ehrenhaft gehandelt und in mutiger Weise gekämpft. Andererseits dürfte nicht übersehen werden, daß der Beklagte Herr v. Thüngen sich im guten Glauben befunden habe. Außerdem habe er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt um so mehr als er Mitglied der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft und früher Direktorialmitglied der Gesellschaft war.

Keine Gnade für betrügerische Ein-schleifer. Der Prinzregent von Bayern hat das Gnadengebot wegen betrügerischen Einschleifens zu sechs Wochen Gefängnis verurteilten Bäckers Matias Emig vom Rosenbräukeller abgelehnt. Es stehen noch mehrere derartige Prozesse bevor.

Der Polizeibund als Lebensretter. Als in Strelna (Polen) ein Reisender, der Be-festigung auf Fahrader angenommen und sich Vorkehrung hatte geben lassen, dann aber nichts mehr von sich hören ließ, wiederum seinen Trieb aus-

zuüben versuchte, wurde er von einem Einwohner erkannt und seine Verfolgung veranlaßt. Der Polizeibund wurde durch den Mann, der den Verbrecher verfolgt hatte, auf dem freien Felde hief der Verbrecher plötzlich stehen und zog einen mit sechs Patronen geladenen Revolver, wodurch die Situation für den Beamten sehr kritisch wurde. Im gleichen Augenblick sprang jedoch der Polizeibund an dem Schützen empor und biß ihm in den rechten Arm. Mit vieler Mühe gelang es dann, den Mann zu entwaffnen und zu fesseln.

Ein furchtbares Familiendrama hat sich in Herzberg (Satz) abgespielt. Montag früh erlöschte der einundzwanzigjährige verheiratete Bar-kiergeschle Clubins in der Wohnung seiner Schwiegereltern seine Frau, verletzte seine Schwieger-mutter und sein eigenes Kind durch Revolver-schüsse schwer und erschloß sich dann selbst. Der Grund lag in Familienzwistigkeiten zu suchen.

Geheimnisvoller Tod eines Mil-lionärs. Großes Aufsehen erregt in Chicago der Tod des Lebermagnaten Charles Wallen, der unter noch unaufgeklärten Umständen verschied. Seine Leiche wurde in Palmers Hotel aufgefunden. Er war unbefleckt, doch lagen Uhr und Börse neben ihm. Die Polizei weiß noch nicht, ob es sich um Mord oder Selbstmord handelt. Einige Zeitungen in Chicago deuten an, daß Wallen einem Rasende zum Opfer gefallen ist, da er in letzter Zeit eine Anzahl Drohbriefe erhalten hat. Wallen hinterläßt ein Vermögen von mehr als 60 Millionen Mark.

Tripolis.

Die Stellungnahme Deutschlands.

In einem längeren Artikel des „Berl. Vol.“ über Tripolis, der vielleicht offiziellen Ursprungs sein könnte, heißt es am Schluß: „Daß die junge Türkei mit ihrem ehrlichen Streben nach innerer Erneuerung jetzt wieder eine so starke Belastungsprobe bestehen muß, wird gewiß von der ganzen Welt aufrichtig bedauert, aber das beste Mittel, sich diese neuen Verlegenheiten vom Leibe zu halten, hätte für sie darin bestanden, in Tripolis mit dem alten Schlenker aufzuräumen, eine Musterverwaltung einzurichten und einige gut ausgerüstete Divisionen im Lande zu halten, was schon der Franzosen wegen ratsam gewesen wäre, welche seit Jahren unaufgeklärt die südlichen Grenzen des Landes benagen, und der türkischen Machtstellung in Nordafrika mindestens so gefährlich geworden sind, wie es die italienischen Aspirationen nur sein können. Es ist gut, in der Welt Freunde zu haben! Das beste Mittel aber ist doch noch immer, stark zu sein und sich selbst helfen zu können, wie es mit uns in der letzten Krise der Fall war, wo wir von unseren Freunden recht wenig bemerkt haben. Die Tripolisaffäre wird uns Flottendemonstrationen, vielleicht auch einige Truppenbewegungen und endlose Marmagerichte bringen, welche hier und da die Geschäftswelt beunruhigen und in Aufregung versetzen werden, aber wenn nicht unerwartete Zwischenfälle eintreten oder provoziert werden, so wird nach unserer Ueberzeugung wohl eine Formel gefunden werden, welche, ohne die türkische Oberherrschaft in Frage zu stellen, den italienischen Wünschen und Aspirationen Rechnung trägt: denn das sei nochmals betont, keine europäische Macht, vielleicht nicht einmal England, kann zurzeit ihren ermüdeten Völkern die Erschütterungen zumuten, welche eine Aufstellung der orientalischen Frage mit sich bringen müßte.“

Man rechnet auf Deutschland.

Die Morte hatte sich an die Regierungen in London und Paris mit dem Ersuchen gewendet, sie gegenüber der italienischen Aktion in Tripolis in Schutz zu nehmen. Wie die „Frankf. Ztg.“ erfährt, sollen die Antworten der beiden Regierungen in Konstantinopel eingetroffen sein, doch soll die Engländer wie auch die der französischen Regierung so kühl und abweisend lauten, daß sie zur Deutung der Stimmung in Konstantinopel sehr wenig beigetragen haben. Die Morte der Türkei bleiben weiterhin auf Berlin gerichtet. Man rechnet in der Türkei auf eine direkte Einwirkung des deutschen Einflusses auf das veränderte Italien, als einzige Möglichkeit, das Schicksal zu vermeiden.

Lösung der Frage auf friedliche Weise?

Die „Abn. Ztg.“ meldet aus Berlin: Man gewinnt den Eindruck, als ob die Kabinette von Rom und Konstantinopel bemüht sind, die tripolitische Frage auf nichtkriegsähnliche Weise zum Austrag zu bringen. Wenn aber die Besorgnis vor kriegsähnlichen Verwicklungen noch nicht ganz überwunden ist, so beruht das darauf, daß man noch immer mit unvorhergesehenen Zwischenfällen rechnen muß, die zu einer Entladung führen können. Auf jeden Fall ist die türkische Regierung bemüht, irgendwelche Ausschreitungen gegen die Italiener sowohl in Tripolis, als auch in den türkischen Häfen zu verhindern. Bisher ist auch noch nichts gemeldet worden, was auf solche Zwischenfälle schließen ließe.

Der deutsche Votschaster in Konstantinopel.

Herr von Marschall, welcher den Großvezir telegraphisch gebeten hatte, ihm für Dienstag eine Zeit zum Zutrittsbesuch zu bestimmen, wurde, wie man dem „Berl. Vol.“ aus Konstantinopel meldet, vom Großvezir gebeten, bereits Montag mit ihm zusammenzutreffen, worauf beide Staatsmänner noch vor Beginn des außerordentlichen Ministerrats eine längere Besprechung über die tripolitische Angelegenheit hatten. In ihrem Verlauf suchte der Votschaster um eine Audienz beim Sultan nach.

Marokko.

Der von dem französischen Votschaster Cambon dem Staatssekretär von Kiderlen-Wächter übergebene Vertragsskizze, den die französische Regierung am Sonnabend festgelegt hat, entspricht nach der Versicherung der „B. Z.“ in allen wesentlichen Punkten den Wünschen der beiden Regierungen. Es seien nur noch einige redaktionelle Änderungen nötig.

Weiter wird aus Berlin gemeldet, daß eine neue deutsche Antwort auf die französischen Marokkovorschläge für notwendig gehalten wird, jedoch erregt diese Mitteilung keine besondere Aufmerksamkeit. Es ist bekannt, daß es sich nur um unbedeutende Textänderungen handelt. Schwierigkeiten werden nicht mehr erwartet. Ministerpräsident Gaillard hatte eine längere Unterhaltung mit Briand. Später empfing er den Handels- und den Finanzminister, sowie den Votschaster Baron de Berthelin, der aus Berlin in Paris eingetroffen ist.

Deutsche Unternehmungen im Soudan.

Nach der „Kölnischen Zeitung“ sind in den letzten Tagen fünf deutsche Expeditionen

auf verschiedenen Wegen über den Atlas nach dem Soudan vorgegangen, nachdem sie sich in freundschaftlicher Aufnahme in den Gebieten versichert hatten. Zwei der Expeditionen werden von den Gebrüdern Mannesmann geführt. Ferner sind nach dem Soudan unterwegs eine landwirtschaftlich-industrielle, eine Handels- und eine wissenschaftliche Expedition.

Spanische Verluste.

Aus Genoa meldet die „Agence Havas“: Die Nachrichten, die trotz der Zensur durchgedrungen sind, besagen, sind in dem Kampf am Aertfluß am 21. d. M. auf Seiten der Spanier ein Leutnant getötet und dreizehn Offiziere verwundet worden, darunter fünf schwer; ferner seien zehn Soldaten, darunter ein Eingeborener, 50 Soldaten, darunter zwei Eingeborene, verwundet. Der außerordentlich heftige Kampf dauerte elf Stunden und endete mit einer Niederlage der Rifflente, die zahlreiche Tote zurückließen. — Der „Abn. Ztg.“ wird aus San Sebastian gemeldet: Ueber das Gefecht am Aertfluß am 20. d. M. gegen mehr als 2000 Mauren, das zwei Tage dauerte, läßt die Zensur noch immer nur verlässliche Berichte erscheinen. Der Eindruck dieser Mäure, die das Land ohne Kenntnis des von ihm geführten Krieges hält, ist tief erschütternd. Ein spanischer Politiker erklärte dem Korrespondenten der „Abn. Ztg.“, die Regierung könne ihre Schwäche nicht deutlicher ausdrücken. Zeitungskommentare werden unterdrückt.

Die Opfer der Coulouner Katastrophe.

204 Mann tot, 184 schwer verwundet.

Marineminister Delcassé reiste nach Toulon ab. Das Marineministerium besitzte die Zahl der von der Besatzung der „Liberté“ Getöteten und Verwundeten auf 204, die der Schwerverwundeten auf 184. Außerdem sind infolge der Katastrophe 48 Leute auf 12 anderen Schiffen verletzt worden.

Aus Toulon wird gemeldet, daß in einem der hinteren Geschütze der „Liberté“ ein Mann eingeschlossen ist, an dessen Befreiung gegenwärtig gearbeitet wird. Der Mann erklärte, daß er nur leicht verwundet sei, aber in dem Turm befänden sich die Leichen von 12 seiner Kameraden, deren Verwesung das Atmen beschwerlich mache. Man konnte dem Manne nur durch eine kleine Öffnung Nahrung zuführen. Er versprach, nach Kräften auszuharren, bis aber seine Kräfte sich möglichst zu beschleunigen. — Angesichts der Ungewißheit über die Ursache der Explosion hat Vizeadmiral Bellue angeordnet, daß die unter seinem Kommando stehenden Schiffe alle vor dem Jahre 1911 hergestellten Pulvervorräte und alle Übungsmunition unverzüglich ausschiffen.

Man erzählt heute, daß die „Liberté“ beim Eintritt in die Katastrophe so gut wie

ohne Leitungsoberbefehl

war. Der stellvertretende Befehlshaber, Freigattkapitän Joubert, war abwesend, ebenso ungefähr das ganze Offizierskorps. Den Befehl führte der Leutnant zur See, Strullu, der unterlegt aus Meer gebracht wurde.

Kurze Zeit nach der Katastrophe auf der „Liberté“ wurde bekannt, daß sich auf dem brennenden Schiff noch Überlebende befänden. Admiral Aubert begab sich unverzüglich selbst in einer Schuppe an den Ort des Unfalls, um persönlich die Rettungsarbeiten zu leiten. Als er nur noch wenige Meter vom Schiffe entfernt war, hörte er, wie aus dem Innenraum der zweifelte Hilferufe und Klagen gegen die Panzerplatten erschallten. Der Admiral ließ sofort Sauerstoffapparate und Eisenlatten heranholen, um das Rettungsnetz zu beginnen zu können. Als man in das Innere der „Liberté“ eingedrungen war, fand man hier ein unbeschreibliches Bild vor. Überall lagen stöhnende Verwundete, und neben ihnen schon tote Matrosen. In einem Turm fand man einen Obermaat, der schon drei Stunden ununterbrochen um Hilfe schrie und dem ein Eisenblock auf den rechten Fuß gefallen war, durch den dieser vollständig zerquetscht worden war. Da auch die Hebelkräne durch die Explosion nicht mehr intakt waren, so konnte der Unglückliche erst aus seiner Lage befreit werden, nachdem ihm das Bein bei vollem Bewußtsein abgenommen worden war. Der Mann starb unter entsetzlichen Schmerzen auf dem Wege in das Krankenhaus. Auch die anderen Verunglückten, die aus ihren gefährlichen Lagen befreit wurden, wurden, obwohl ihnen schnelle Hilfe zuteil wurde, nicht mehr lebend ins Spital eingeliefert.

Deutschland.

— (Admirale als Gäste des Kaisers.) Der Staatssekretär des Reichsmarineministeriums, Großadmiral von Tirpitz, und der Chef des Marineministeriums, Admiral von Müller, sind, wie der „Voss. Ztg.“ aus Rom gemeldet wird, Montag dort eingetroffen. Sie werden einige Tage als Gäste des Kaisers hier bleiben. — Die Fahrt des Staatssekretärs von Tirpitz wird vermutlich mit dem Vorgehen des Vizeadmirals des Flottenvereins gegen das Reichsmarineministerium in Verbindung gebracht werden.

— (Diplomatenwechsel.) An Stelle des in den Ruhestand tretenden preussischen Gesandten in Dresden, Prinzen Hohenlohe, ist laut „Nordd. A. Ztg.“ der derzeitige deutsche Gesandte in Bern von Bülow, der Bruder des Fürsten, in Aussicht genommen.

— Die künftige wirtschaftliche Kommission der Kolonialverwaltung, ein Institut, das besonders praktischen Bedürfnissen zu dienen berufen ist, tritt Donnerstag in Berlin zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Die Tagesordnung weist interessante Punkte auf. Zunächst werden die Aufgaben der Kreditorganisation in den deutschen Schutzgebieten mit besonderer Berücksichtigung Soudanaffären erörtert werden. Dann wird man über Maßnahmen gegen unzulässige finanzielle Verbindungen beschließen, um so besonders unangenehme Zukunftsmöglichkeiten vorzubeugen, und schließlich soll die Förderung der Handelsbeziehungen der

deutschen Schutzgebiete mit dem Mutterlande Gegenstand der Beratungen sein.

— Kardinal Kopp wandte sich gegen die von mehreren katholischen Geistlichen Schließens in jüngster Zeit betriebene politische Wahlaktion. In einem Erlass bezeichnet es der Kirchenfürst als unstatthaft, Pfarrhäuser und andere Kirchengebäude zur Abhaltung politischer Agitationsversammlungen herzugeben. Auch bedeute es eine bedauernde Schädigung des seelsorglichen Einflusses eines Pfarrers auf seine Gemeinde, wenn ohne seine Zustimmung Geistliche bei der Gemeindevahl u. dgl. Agitationsreden hielten.

— Die Versammlung deutscher Ärzte und Naturforscher, die unter starker Beteiligung in Karlsruhe tagt, wurde vom Großherzog von Baden persönlich begrüßt, der mit dem gesamten Hofe zur Eröffnungssitzung erschienen war. Der erste Vorsitzende hatte seine Rede zur Eröffnung des Kongresses in ein Hoch auf den Kaiser und den Großherzog ausklingen lassen. Nachdem an den Kaiser ein Submissionsgramm abgeschickt worden war, sprach der Großherzog in herzlichen Worten dem Kongress seinen Dank für den ihm bereiteten freundlichen Willkomm aus. Dann trat man in die wissenschaftliche Tagesordnung ein. Professor Traas-Stuttgart sprach über die osteofossilen Dinosaurier, Prof. Engler-Karlsruhe über Zersetzungsprozesse in der Natur.

— (Der Wahlaufsatz der Sozialdemokratie.) Der sozialdemokratische Parteivorstand veröffentlicht einen Aufruf an die Partei, in dem er den Wahlkampf für die Reichstagswahlen seitens der sozialdemokratischen Partei für eröffnet erklärt und die Parteigenossen zur Wahlarbeit auffordert. Der Aufruf schließt:

„Partei Genossen! Auf dem Boden unserer Grundzüge kämpfend, werdet ihr den Wahlkampf streng sachlich führen, ohne Ruh und Raß, mit Ausdauer, die oft genug den Riß und die Verwundung unserer Gegner hervorgerufen haben. Gehen wir nunmehr freudig an die Wahlarbeit! Und kommt der Wahltag heran, dann treten wir an zum Sturm auf die gewerkschaftlichen Schranken, von denen wir auf den ersten Anlauf eine ganze Anzahl niederzureißen gedenken!“

(Kritik in der westfälischen Tabakindustrie.) Der westfälische Zigarrenfabrikanten-Verband hat beschloffen, denjenigen Verbandsmitgliedern, deren Arbeiterkraft wegen Ablehnung ihrer Lohnforderungen streikt oder mit dem Streik droht, beizustehen. Dabei soll allen organisierten Arbeitern am Sonnabend gestreikt werden, falls nicht bis Donnerstag die von den Arbeitern ausgeprochenen Forderungen zurückgenommen und die eingestellten Arbeiter wieder aufgenommen sind. Die Verbandsmitglieder beschäftigen rund 22 000 Arbeiter, von denen etwa ein Drittel organisiert ist, zum weitaus größeren Teile in der freien, zum kleineren in der christlichen Gewerkschaft und einige wenige im Christ-Union-Gewerksverein.

— (Die Milchpreise.) Ohne eine Erhöhung des Milchpreises, wenn sie auch vielfach nicht auf die Detail-Verkaufspreise verrechnet worden ist, ist fast keine Gegend unseres Vaterlandes wegzukommen. Wie München, so droht jetzt auch Berlin eine Erhöhung der Milchpreise auf 22 Pf. ab Laden und 24 Pf. frei Haus. Die märkischen Milchproduzenten wollen in Gemeinschaft mit den Siedlern diese Erhöhung durchsetzen, aber sie haben sich gleichzeitig gelobt, daß sie mit dem Kampf sich gebunden müssen. Die Berliner sind nämlich nicht gewillt, sich weiter schroben zu lassen, die Arbeiterkraft droht für den Fall einer weiteren Milchpreiserhöhung mit reichhaltigem Boykott und die Berliner Stadtverwaltung will schwebende Milch kommen lassen.

Ausland.

Spanien.

— Prinz Alfonso von Orleans, der wegen seiner Heirat mit der Prinzessin Beatriz von Sachsen-Koburg und Gotha seiner Titel und Güter für verlustig erklärt worden war, betrieb seine Wiedereinstellung in das spanische Heer als Freiwilliger bei den Truppen in Melilla. Der König hat jetzt seinem Ansuchen entsprochen, indem er ihm gleichzeitig den Rang eines Leutnants wieder verlieh. Prinz Alfonso von Orleans, Infant von Spanien, ein Vetter des Königs Alfonso, hatte im Juli 1909 gegen dessen Willen die evangelische Prinzessin Beatriz von Koburg und Gotha geheiratet. Der Prinz, der die Absicht hatte, am marokkanischen Feldzug teilzunehmen, und erst wenige Tage vorher zum Leutnant befördert worden war, verlor diesen Titel wieder und erhielt den Abschied. Außerdem wurde er des Titels eines Infanten von Spanien und aller seiner Güter für verlustig erklärt. Seitdem lebte der Prinz in Koburg. Schon Anfang dieses Jahres ließ es, daß König Alfonso an seinem Namenstag, dem 23. Januar, seinen Vetter rehabilitieren werde.

Persien.

— Die Gefangenennahme des Gichahs von Persien scheint vollzogen zu sein. Die bisher nur aus London darüber eingetroffenen Meldungen werden durch ein direktes Telegramm der „Voss. Ztg.“ aus Teheran bestätigt, wonach dort allgemein behauptet wird, Mohammed Ali sei bei Jumein-Scheh von einem Turkmennenstamm gefangen genommen worden.

Westfalen u. Rheinland.

— Soest, 27. Sept. (Ausweisung zurückgezogen.) Die vorige Woche gemeldete, nach der Ermordung des Polizeiverwalters Wolf verhängte polizeiliche Ausweisung von 45 kroatischen Taschpfeffer-Arbeitern ist auf Ausweisung des Regierungspräsidenten von Arnsberg vom Amte rückwärts zurückgezogen worden.

— Soest, 27. Sept. (Für 20 Wg. zwei Monate Gefängnis.) Vor der Strafkammer in Münster hatte sich der schon mehrmals vorbestrafte Schmied K. zu verantworten. Es wird ihm zur Last gelegt, ein Mädchen unter Drohung genötigt zu haben, ihm 20 Wg. zu geben. Der Angeklagte bestreitet, der Täter gewesen zu sein. Das Gericht ist aber seiner Aussage keinen Glauben, sondern hielt die Aussage der Jüngin für richtig und verurteilte K. zu zwei Monaten Gefängnis. Der

Antrag des Staatsanwalts lautete auf vier Monate Gefängnis.

— Herford, 27. Sept. (Feuerungszuschlag.) Die Firma Eschach u. Co. hat sich entschlossen, der allgemeinen Lebensmittelsteigerung Rechnung zu tragen und sämtlichen Heimarbeitern einen Feuerungszuschlag von 5 Prozent zu gewähren, der auf den jeweils auszusahlenden Lohnbetrag verrechnet werden soll, und zwar einwärts bis zum 1. Januar 1912.

— Essen, 27. Sept. (Einbruchsdiebstahl.) In der Nacht brachen Diebe in ein Haus in der Lörbrodstraße ein und entwendeten einen Geldebetrag von 1000 Mark.

— Duisburg, 27. Sept. Die Strafkammer verurteilte den ehemaligen Privatsekretär des Gouverneurs v. Neuenberg in Daresalam, den Kaufmann Karl Schmidt aus Duisburg, jetzt in Bielefeld, der fiktive geheime Schreiben von großer politischer Bedeutung, die v. Neuenberg für das Reichskolonialamt persönlich aufstellte, an das Oppositionsblatt in Daresalam gegen Bezahlung zur Verwertung als Heftartikel ausgeliefert hatte, wegen Vorsehunglichkeit zu sechs Monaten Gefängnis. Schmidt wurde fernerzeit in Duisburg verhaftet. Bei einer Hausdurchsuchung wurden die Kopien gefunden.

— Düsseldorf, 25. Sept. (Der Tod in der Sandgrube.) Auf dem Fabrikgrundstück der Firma Liebsch-Garfort in Oberkassel befanden sich zwei Lehrlinge in einer Sandgrube, als die obere Erdschicht zusammenfiel. Ein Lehrling konnte nur tot herausbefördert werden, der zweite wurde getötet.

— Düsseldorf, 25. Sept. Der Buchhalter Ludwig Sartor hatte seit dem Jahre 1908 sich fortgesetzt Unterhaltungen zum Nachteil der Maschinenfabrik Düsseldorf in Oberkassel in Gesamthöhe von 38 900 M. schuldig gemacht. Sartor befand sich vorher im Volksasyl. Er hatte es hier bis zum Rektorat gebracht, mußte dann aber seine Laufbahn wegen eines Stillsitzensverbrechens aufgeben. Die Unterhaltungen konnten solange verborgen werden, weil Sartor unrichtige Eintragungen in die Bücher gemacht hat und größere Einnahmen überhaup nicht eingetragen hat. Die Strafkammer verurteilte ihn zu zwei Jahren Gefängnis.

— Rheinfeld, 27. Sept. (Feuer.) Montag vormittag gegen 11 Uhr brach in dem Lagerhaus der Firma Karl Heer Feuer aus. Das Haus brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder. Der Schaden wird auf 60—70 000 M. geschätzt; er ist durch Versicherung gedeckt. Als Ursache des Brandes wird das Verschleppen einer im Lagerhaus aufgestellten Heizmaschine angegeben.

— Süßfeld, 27. Sept. Großfeuer zerstörte die Gelbfärberei der Firma Gebr. Schleich. Vernichtet wurden ein Lagerhaus, das Gebäude der Kupfermischerei und Gießerei, sowie ein Teil eines Ausstellungegebäudes. In den zerstörten Gebäuden befanden sich Gasmotor, eine Anzahl Revolververbrecher, andere Drehbänke, viel wertvolles Handwerkzeug und sehr viel Rohmaterial, sowie fertige Armaturen. Der Schaden beträgt über 30 000 M. und ist nicht in allen Teilen durch Versicherung gedeckt.

— Stolberg, 27. Sept. (Erdstößen.) Montag abend gegen 1/2 Uhr gerieten am Rosenkhalweg in Burghausen in Streit, in dessen Verlauf der 25jährige verheiratete Fabrikarbeiter Haling von dem 17jährigen Arbeiter Weder von hier mit einer Feile erschlagen wurde. Der Stich war dem Haling in die Halsgegend gedrungen. Der Getötete hinterläßt Frau und Kinder. Der Täter wurde verhaftet.

— Trier, 27. Sept. (Durch Elektrizität getötet.) Der Telegraphenarbeiter Schiffmann geriet am Markt an die Starkstromleitung von 5000 Volt. Er wurde auf der Stelle getötet.

Aus aller Welt.

— Von Edison, der seinen Aufenthalt in Berlin dazu benutzte, große industrielle Anlagen zu studieren, entwirft die „B. Z.“ folgendes Charakterbild: Die Unterhaltung mit dem großen Erfinder ist nicht leicht, denn Edison ist etwas schwerförmig und benutzt ständig die rechte Hand als Schalltrichter, während die linke in überaus charakteristischer Weise lebhaft gestikuliert. Dabei geht ihm die Zigarre unzählige Male aus, und nach der Art, wie er sie anzündet, muß man annehmen, daß er Sonntagstraucher ist. Seinen Reden dagegen ist er mit bewundernswürdiger Präzision. — Allgemein fällt auf, daß Edison in seiner Kleidung etwas vernachlässigt geht. Der große Erfinder hat aber einmal gesagt, er trüge in allen Kleidungsstücken immer eine Nummer graviert, als der Schneider ihm anmisst, und auf Grund dieses Prinzips, das er schon seit seiner Jugend innehat, hofft er 150 Jahre alt zu werden.

— Ein neuer Säureprüfer hat in Berlin sein Unwesen getrieben. Die Gattin eines Ingenieurs wurde das Opfer des Angriffes, der wahrscheinlich im Gedränge verübt wurde. Leider wurde die Dame zu spät auf die Vermüdung ihrer wertvollen Toilette aufmerksam, jedoch eine Verfolgung des Täters nicht mehr möglich war.

— Schwere Wagenunfälle eines Kammerherrn. Als Rittersgutsbesitzer Kammerherr von Krosigk auf Schloß Hohenexleben mit seinem Gespann nach dem Dorf Hohenexleben fuhr, scheuten die Pferde vor einem entgegenkommenden Automobil und schleuderten den Wagen gegen eine Telegraphenstange. Von Krosigk und sein Kutscher wurden heraufgeschleudert. Dieser erlitt nur Verwundungen, Herr v. Krosigk dagegen wurde schwer verletzt. Die Automobilisten schafften den Verwundeten zum Schloß.

— Ein Außerordentliches Ereignis hat sich in Lebe bei Bremerhaven zugetragen. Für das neugeborene Kind des Konsumvereins-Kontrollors Giese war von einem Bremerhavener Arzt ein Totenschein ausgestellt worden. Die Schwester der Frau trug das Kind in einer Kiste zum Friedhof, wo es der Leiche eines Erwachsenen beigegeben werden sollte. Friedhofsbewachter hörten aus der Kiste ein Wimmern, als man den Deckel entfernte, stieß sich das kleine Wesen gerade mit den Händen durch das Gefäß und reißte die Beine. Beifolgt eile man der Frau nach und gab ihr das Kind mit, das heute noch lebt.

Geopolis